



Einladung

Stadt Erlangen

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss

1. Sitzung • Mittwoch, 18.01.2012 • 16:00 Uhr • Ratssaal, Rathaus

Nicht öffentliche Tagesordnung - 16:00 Uhr

- siehe Anlage -

Öffentliche Tagesordnung - 16:30 Uhr

**Inhaltsverzeichnis
siehe letzte Seite(n)**

- | | | |
|-----|--|-----------------------------|
| 10. | Mitteilungen zur Kenntnis | |
| 11. | Änderung der Satzung des Seniorenbeirates | 504/009/2012
Beschluss |
| 12. | Gemeinsamer Wahltermin für Bundestags-, Landtags- und
Bezirkswahlen 2013;
Fraktionsantrag der SPD-Fraktion Nr. 132/2011 vom 15.11.2011 | 331/006/2011
Beschluss |
| 13. | Neuregelung der Zuständigkeit für Parkscheinautomatenentleerung | 112/048/2011
Beschluss |
| 14. | Haushaltskonsolidierung - Umsetzung der Maßnahme Nr. 12
Flächenoptimierung in Verwaltungsgebäuden | 241/042/2011
Einbringung |

Haushaltsberatung 2012

Beratung und Behandlung der Anträge zum Haushalt 2012 für die unter TOP 19 genannten Ämter

- | | | |
|-------|--|----------------------------|
| 15. | Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2012;
Neufassung vom 12.2011 - Auszug aus der Verwaltungsvorlage
vom Dezember 2011 | 11/073/2011
Gutachten |
| 16. | Wortanträge Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt
zum Haushalt 2012 | |
| 16.1. | Antrag zum Haushalt: Kürzung der Geschäftsführungszuschüsse
für die Fraktionen
hier: Antrag Nr. 141/2011 der Fraktion Erlanger Linke | 13-2/171/2011
Beschluss |
| 16.2. | Antrag zum Haushalt: Haushaltskonsolidierung 2012 – Höhere
Beteiligung der Sparkasse
hier: Antrag Nr. 173/2011 der Fraktion Grüne Lise | 13-2/173/2012
Beschluss |

- | | | |
|-------|---|-----------------------------|
| 16.3. | "Lesbarer Haushaltsplan" - Fraktionsantrag 145/2011 vom 14.11.2011 der "Erlanger Linke" | 20/032/2011
Beschluss |
| 16.4. | SPD-Fraktionsantrag 167/2011 vom 29.11.2011 – Toiletten in der Innenstadt | 610.3/032/2012
Gutachten |
| 16.5. | Antrag zum Haushalt: Investitionsplan StUB
Fraktionsantrag der Erlanger Linke Nr. 142/2011 vom 29.11.2011 | 613/082/2011
Gutachten |
| 17. | Anträge zu den Fachamtsbudgets für die der HFPA als
Fachausschuss zuständig ist
(siehe aufbereitete Antragsunterlagen zum Haushalt 2012) | II/131/2012
Beschluss |
| 18. | Fraktionsanträge zu den Arbeitsprogrammen | |
| 18.1. | Konzept "Leichte Sprache", Antrag zum Haushalt 2012
- SPD-Fraktionsantrag Nr. 163/2011 vom 29.11.2011 | 13-2/175/2012
Beschluss |
| 19. | Begutachtung der Stellenpläne der Fachämter und
Begutachtung der Fachämterbudgets
Beschlussfassung der Arbeitsprogramme
siehe Band Arbeitsprogramme 2012 | |
| 19.1. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2012
der Gst
- siehe Arbeitsprogramme 2012 in gebundener Form ab Seite 47 | Gst/010/2011
Beschluss |
| 19.2. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2012
der Personalvertretung
- siehe Arbeitsprogramm 2012 in gebundener Form ab Seite 55 | II/129/2012
Beschluss |
| 19.3. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2012
des eGovernment-Centers
- siehe Arbeitsprogramm 2012 in gebundener Form ab Seite 61 | eGov/029/2012
Beschluss |
| 19.4. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2012
des Personal- und Organisationsamtes
- siehe Arbeitsprogramm 2012 in gebundener Form ab Seite 11 | 11/077/2011
Beschluss |
| 19.5. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2012
des Bürgermeister- und Presseamtes
- siehe Arbeitsprogramm 2012 in gebundener Form ab Seite 25 | 13-2/176/2012
Beschluss |

- | | | |
|------------|--|----------------------------|
| 19.6. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2012 der Stadtkämmerei sowie Abt. Wirtschaftsförderung und Arbeit
- siehe Arbeitsprogramme 2012 in gebundener Form ab Seite 71 | II/130/2012
Beschluss |
| 19.7. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2012 des Amtes für Recht und Statistik (Amt 30)
- siehe Arbeitsprogramme 2012 in gebundener Form ab Seite 111 | 30-R/049/2012
Beschluss |
| 19.8. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2012 des Bürgeramtes
- siehe Arbeitsprogramme 2012 in gebundener Form ab Seite 149 | 331/007/2012
Beschluss |
| 19.9. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2012 des Standesamtes
- siehe Arbeitsprogramm 2012 in gebundener Form ab Seite 157 | 34/010/2011
Beschluss |
| 19.10. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2012 des Amtes für Brand- und Katastrophenschutz (Amt 37)
- siehe Arbeitsprogramme 2012 in gebundener Form ab Seite 165 | 37/021/2012
Beschluss |
| 19.11. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2012 des Amtes für Veterinärwesen und gesundheitlichen Verbraucherschutz (Amt 39)
- siehe Arbeitsprogramme 2012 in gebundener Form ab Seite 173 | 39/010/2012
Beschluss |
| 20. | Beratung und Behandlung der sonstigen Anträge zum Haushalt 2012 für die der HFPA zuständig ist | |
| 20.1. | Anträge zum Ergebnishaushalt außerhalb der Fachamtsbudgets (siehe aufbereitete Antragsunterlagen zum Haushalt 2012) | II/132/2012
Beschluss |
| 20.2. | Anträge zum Finanzhaushalt/Investitionsprogramm für die der HFPA als Fachausschuss zuständig ist (siehe aufbereitete Antragsunterlagen zum Haushalt 2012) | II/133/2012
Beschluss |
| 20.3. | Anträge zum Ergebnishaushalt und zum Finanzhaushalt seit dem 12.12.2011
Die Unterlagen werden nachgereicht bzw. aufgelegt. | II/134/2012
Beschluss |
| 21. | Anfragen | |

Hinweis:

Es wird darum gebeten, die bereits verteilten Haushaltsunterlagen

- Haushaltsentwurf 2012
- den Band Arbeitsprogramme 2012
- die aufbereiteten Antragsunterlagen zum Haushalt 2012
- die Verwaltungsvorlagen zum Stellenplan 2012

zur Sitzung mitzubringen.

Ich darf Sie hiermit zu dieser Sitzung einladen.

Erlangen, den 10. Januar 2012

STADT ERLANGEN
gez. Dr. Siegfried Balleis
Oberbürgermeister

Falls Tagesordnungspunkte dieser Sitzung aus Zeitgründen auf den nächsten Termin verschoben werden müssen, bitten wir Sie, die entsprechenden Unterlagen aufzubewahren und erneut mitzubringen.

Die Sitzungsunterlagen können auch unter www.ratsinfo.erlangen.de abgerufen werden.

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
V/504/SenB

Verantwortliche/r:
Frau Gisela Strobl

Vorlagennummer:
504/009/2012

Änderung der Satzung des Seniorenbeirates

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Seniorenbeirat	16.01.2012	Ö	Gutachten	
Sozialbeirat	17.01.2012	Ö	Empfehlung	
Sozial- und Gesundheitsausschuss	17.01.2012	Ö	Beschluss	
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	18.01.2012	Ö	Beschluss	
Stadtrat	09.02.2012	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

Amt 30

I. Antrag

Die Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Erlangen für den Seniorenbeirat wird entsprechend dem Entwurf vom 02.01.2012 (s. Anlage) begutachtet bzw. beschlossen.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die Arbeitsabläufe im Seniorenbeirat werden erleichtert.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Bei Ausscheiden eines Mitglieds nachrückende Mitglieder werden künftig direkt vom Seniorenbeirat berufen. Dadurch wird das Nachrückverfahren beschleunigt. Es wird klargestellt, dass der oder die Vorsitzende dem Arbeitsausschuss angehört; die sonstige Zusammensetzung des Arbeitsausschusses liegt in der Verantwortung des Seniorenbeirats.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Satzung soll gemäß dem anliegenden Entwurf der Rechtsabteilung vom 02.01.2012 geändert werden.

Anlagen: Satzungsentwurf vom 02.01.2012

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Erlangen für den Seniorenbeirat

Die Stadt Erlangen erlässt auf Grund des Art. 23 Satz 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) folgende Satzung:

Art. 1

Die Satzung der Stadt Erlangen für den Seniorenbeirat vom 03.12.1986 (Amtsblatt Nr. 50 vom 11.12.1986), zuletzt geändert durch Satzung vom 11.04.2006 (Amtsblatt Nr. 8 vom 20.04.2006) wird wie folgt geändert:

1. § 3 wird wie folgt geändert:

Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Mitglieder und ihre Stellvertretungen, die während der laufenden Amtszeit des Beirats als Ersatz für ausgeschiedene Mitglieder oder Stellvertretungen eintreten, werden abweichend von Absatz 1 durch den Seniorenbeirat in Absprache mit der Verwaltung berufen.“

2. § 5 wird wie folgt geändert:

a. In Absatz 1 werden nach dem Wort „Arbeitsausschuss“ das Komma sowie der darauf folgende Nebensatz gestrichen und ein Punkt angefügt.

b. Absatz 1 erhält folgenden neuen Satz 2:

„Diesem gehören der aus der oder dem Vorsitzenden und deren oder dessen zwei Stellvertretungen bestehende Vorstand sowie bis zu fünf weitere Mitglieder an.“

Art. 2

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in „Die amtlichen Seiten“ der Stadt Erlangen in Kraft.

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
III/33/331

Verantwortliche/r:
Herr Dietmar Rosenzweig

Vorlagennummer:
331/006/2011

Gemeinsamer Wahltermin für Bundestags-, Landtags- und Bezirkswahlen 2013; Fraktionsantrag der SPD-Fraktion Nr. 132/2011 vom 15.11.2011

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	18.01.2012	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Antrag der SPD-Fraktion Nr. 132/2011 ist damit bearbeitet.

II. Begründung

Der Wahltag für die Bundestagswahl wird vom Bundespräsident (§ 16 Bundeswahlgesetz), der Wahltag für die Landtags- und Bezirkswahl von der Bayerischen Staatsregierung bestimmt (Art. 20 Bayerisches Landeswahlgesetz, Art. 1 Abs. 2 Bezirkswahlgesetz).

Bund und Freistaat Bayern erstatten den Kommunen die notwendigen Wahlkosten pauschaliert. Bei einer Zusammenlegung der Wahlen würden sie ihre Wahlkostenerstattung entsprechend halbieren. Folglich würden Bund und Freistaat Bayern sparen, nicht die Kommunen. Im Gegenteil: Die Stadt Erlangen hätte bei einer Zusammenlegung deutlich höhere Belastungen zu erwarten, die von der pauschalierten Wahlkostenerstattung vermutlich nicht abgedeckt wären:

1. Das Wahlamt müsste zeitgleich tatsächlich 3 Wahlen vorbereiten. Rechtlich ist eine strikte Trennung der Abläufe notwendig. Aufgrund unterschiedlicher Wahlkreise, Wahlberechtigungen, Wählerverzeichnisse, Stimmzettel, Briefwahlunterlagen, etc. sind im Wahlamt keine Synergieeffekte zu erzielen. Die Zusammenlegung würde in einem schmalen Zeitfenster erheblichen Mehraufwand bedeuten und die personellen, räumlichen und logistischen Möglichkeiten des Wahlamtes übersteigen. Die Folge wären deutliche Mehrkosten.
2. Auch für die Wahllokale müsste zusätzliches Mobiliar (insb. zusätzliche Wahlurnen, Sichtblenden) angeschafft werden.
3. Um lange Wartezeiten in den Wahllokalen zu vermeiden, müssten einige allgemeine Stimmbezirke mehr gebildet werden. Auch mehr Briefwahlbezirke wären erforderlich.
4. Die Auszählung der Stimmen für 3 Wahlen würde bis weit nach Mitternacht dauern. Wahlhelfer wären dementsprechend schwer zu gewinnen und stark belastet. Ggf. müsste am nächsten Tag weitergezählt werden.
5. Der Wähler müsste mit insgesamt 5 Stimmzetteln gleichzeitig umgehen, was insbesondere bei der Briefwahl zu einer hohen Ungültigkeitsrate führen dürfte. Zumindest würde der Informationsbedarf bei den Wählerinnen und Wählern - personalintensiv für das Wahlamt - deutlich steigen.

Die Verwaltung spricht sich deshalb gegen eine Zusammenlegung der drei Wahlen aus.

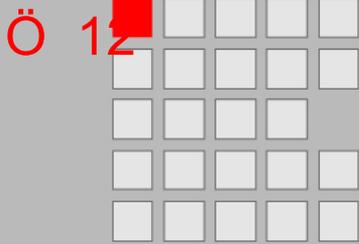
Anlagen: SPD-Fraktionsantrag Nr. 132/2011

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 15.11.2011

Antragsnr.: 132/2011

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

Zust. Referat: III/331/Hr. Rosenzweig
mit Referat:

**SPD Fraktion
im Stadtrat Erlangen**

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathaus

91052 Erlangen

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
Telefon 09131 862225
Telefax 09131 862181
e-Mail spd@erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

Gemeinsamer Wahltermin für die Landtagswahl (mit Bezirkswahlen) und die Bundestagswahl 2013

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Datum
15.11.2011

Der Stadtrat möge beschließen, dass sich die Stadt Erlangen dafür einsetzt, dass die im Herbst 2013 anstehenden Wahlen zum 17. Bayerischen Landtag und zum 18. Deutschen Bundestag an ein und demselben Wahlsonntag stattfinden.

AnsprechpartnerIn
Saskia Coerlin

Die Verwaltung wird gebeten, abzuschätzen, in welcher Höhe Kosten für die Körperschaft und die örtlichen Wahlorgane bei einem gemeinsamen Wahltermin eingespart werden könnten und welche Vorteile beim Personalaufwand entstünden.

Durchwahl
09131 862225

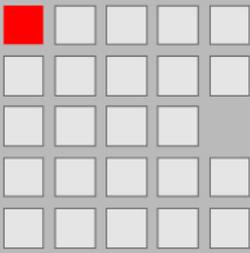
Begründung:

Seite
1 von 2

Nach den gesetzlichen Vorgaben müssen die nächsten Landtagswahlen – gleichzeitig die Bezirkswahlen – zwischen dem 1. September und dem 24. November 2013, die nächsten Bundestagswahlen zwischen dem 1. September und dem 27. Oktober 2013, jeweils an einem Sonntag oder gesetzlichen Feiertag stattfinden.

Den Tag für die Wahl des Landtags setzt die Staatsregierung spätestens fünf Monate vor dem Wahltag fest. Die förmliche Festlegung erfolgt in der Regel spätestens neun Monate vor dem Wahltag, voraussichtlich nach der bisherigen Staatspraxis also etwa Ende 2012/Anfang 2013.

Ein gemeinsamer Wahltermin für die Landtagswahl (mit Bezirkswahlen) und die Bundestagswahl ist nach den gesetzlichen Voraussetzungen nicht ausgeschlossen. Bereits in den Jahren 1994 und 1998 gab es hinsichtlich des Zusammentreffens von Bundestags- und Landtagswahlen



Konstellationen, die der voraussichtlichen Situation im Jahr 2013 entsprachen.

Bei der Festsetzung des Termins für die Landtagswahl 2013 (mit Bezirkswahlen 2013) auf den Tag der Bundestagswahl 2013 könnte die pauschale Kostenerstattung an die Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften sowie örtlichen Wahlorgane und die sonstigen Kosten, die – je nach den bei den einzelnen Wahlen bestehenden Aufgabenzuweisungen – beim Landeswahlleiter bzw. beim Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, bei den Wahlkreisleitern und beim Staatsministerium des Innern anfallen, für eine der beiden Wahlen grundsätzlich eingespart werden. Diese Kosten haben lt. Antwort der Staatsregierung auf eine Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Markus Rinderspacher bei der Landtagswahl 2008 (mit Bezirkswahlen 2008) 13.903.014,25 Euro und bei der Bundestagswahl 2009 11.443,815,37 Euro betragen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Florian Janik
Fraktionsvorsitzender

Ursula Lanig
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Gisela Niclas
Sprecherin für Soziales
Bezirksrätin
Barbara Pfister
Stellv. Fraktionsvorsitzende

f.d.R. Saskia Coerlin
Geschäftsführerin der SPD-Fraktion

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
Telefon 09131 862225
Telefax 09131 862181
e-Mail spd@erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

Datum
15.11.2011

AnsprechpartnerIn
Saskia Coerlin

Durchwahl
09131 862225

Seite
2 von 2

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/ZV/112

Verantwortliche/r:
Personal- und Organisationsamt

Vorlagennummer:
112/048/2011

Neuregelung der Zuständigkeit für Parkscheinautomatenentleerung

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	18.01.2012	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

Referat III und VI, Ämter 32 und 66

I. Antrag

Die Teilaufgabe Parkscheinautomatenentleerung und kleine Wartungsarbeiten wird mit den Planstellen 320 1140 und 320 1150 aus dem Ordnungs- und Straßenverkehrsamt herausgelöst und mit Wirkung zum 1.4.2012 dem Tiefbauamt zugeordnet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Wirtschaftliche Aufgabenerledigung

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Bündelung aller Aufgaben bzgl. Parkscheinautomaten an einer Stelle. Das Tiefbauamt ist derzeit bereits für die Beschaffung neuer Parkscheinautomaten, die Ersatzteilbeschaffung und die Reparatur der bestehenden Parkscheinautomaten zuständig.

3. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Zum 1.4.2012 erfolgt eine Mittelumschichtung für die Aufgabenerledigung zwischen den Ämterbudgets 32 und 66.

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
VI/241/GSL

Verantwortliche/r:
Sabine Gebhardt

Vorlagennummer:
241/042/2011

Haushaltskonsolidierung - Umsetzung der Maßnahme Nr. 12 Flächenoptimierung in Verwaltungsgebäuden

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	10.01.2012	Ö	Gutachten	
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	18.01.2012	Ö	Einbringung	
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	01.02.2012	Ö	Gutachten	
Stadtrat	16.02.2012	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen
Amt 20

I. Antrag

Der Empfehlung von Rödl & Partner, die Flächenoptimierung in Verwaltungsgebäuden (Maßnahme Nr. 12) mit einem Bonus-Malus-System durchzusetzen, wird nicht gefolgt. Bis zur Einführung des Mieter-Vermieter-Modells soll die Zielerreichung durch ein Bonus-System verfolgt werden.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Es ist Aufgabe des Flächenmanagements, zu geringst möglichen Kosten Arbeitsflächen bereit zu stellen, die dem Anforderungsprofil bestmöglich entsprechen.¹

Die Potentiale, die im strategischen Flächenmanagement und seiner operativen Umsetzung liegen, sind nachhaltig und übertreffen die Einsparmöglichkeiten bei den Betriebs- und Unterhaltungskosten inzwischen deutlich. Gebäudeflächen, die durch Flächenoptimierung eingespart werden, müssen nicht unterhalten und bewirtschaftet werden.

Ziele der Verwaltung:

- Flächenoptimierung bei gleichzeitiger Sicherstellung bedarfsgerechter Arbeitsbedingungen
- Steuerung über monetäre Größen, um Anreize zu schaffen, Flächen und Kosten einzusparen sowie den CO₂-Ausstoß zu verringern

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Verteilung der Stadtverwaltung Erlangen auf mehrere Standorte erschwert die strategisch und wirtschaftlich optimale Flächenbelegung.

Die Gebäude sind zudem als Verwaltungs- und Bürogebäude teilweise nur eingeschränkt nutzbar. Den ursprünglichen Konzeptionen lagen unterschiedliche Nutzungsarten zu Grunde. Ungünstige Achsmaße in den Gebäuden haben Büroräume zur Folge, die als Einzelzimmer reichlich oder zu groß und für eine Nutzung als Doppelzimmer zu klein sind.

¹ vgl. GEFMA Richtlinie 130 Flächenmanagement – Leistungsbild, Entwurf Juni 1999, S. 1

Die zwangsläufig großzügig bemessenen Flächen wirken sich auf die Kennzahl „Flächenverbrauch Nutzfläche (NF) 2.1 je Verwaltungsmitarbeiter/-in“ negativ aus. Dennoch ist es gelungen, durch ein zielgerichtetes Flächenmanagement² deutliche Flächen- und Kostenreduzierungen durchzusetzen. Die Mittelwerte des Flächenverbrauchs verringerten sich in den Jahren 2006 bis 2010 von 15,17 auf 13,90 qm NF 2.1 je Verwaltungsmitarbeiter/-in. Gleichwohl ist die Belegung der Büroflächen weiterhin optimierungsfähig.

Die bisher in Erlangen praktizierte Flächensteuerung per Zuweisung erfolgt aufgrund begründeter Einzelfallbedarfe. Raumanfragen sind stets mit einem hohen Bearbeitungsaufwand verbunden, zumal der Zuweisung regelmäßig langwierige, zum Teil zähe Verhandlungen vorausgehen. In festgefahrenen Situationen wird sogar die Verwaltungsspitze eingebunden.

Ziel der Verhandlungslösungen ist, Flächenoptimierungen und die Sicherstellung bedarfsgerechter Arbeitsbedingungen zu vereinbaren. Kompromisse gehen tendenziell zu Lasten der Flächenoptimierung. Die Steuerung über monetäre Größen ist daher ein wirksames Mittel, um Fehlentwicklungen zu vermeiden. Erst wenn die Nutzer Raumkosten aus ihrem Budget finanzieren müssen, besteht ein Anreiz, Flächen einzusparen.

Rödl & Partner greift in seiner Empfehlung, die Flächenoptimierung in Verwaltungsgebäuden mit einem Bonus-Malus-System voranzutreiben und Einsparungen zu erzielen (Maßnahme Nr. 12), eine interne Studie des GME über Flächeneffizienz auf. Das GME ermittelte in dieser Studie auf Basis einer fiktiven Miete – ohne Berücksichtigung der Betriebskosten – ein theoretisches Einsparpotential in Höhe von knapp 145 000 €, das sich aus rund 150 000 € Malus-Zahlungen und 5 000 € Bonus-Zahlungen zusammensetzt.

Das von Rödl & Partner empfohlene Bonus-Malus-System sieht vor, dass die Nutzer zudem an den Betriebskosten partizipieren. Das ermittelte Einsparvolumen beläuft sich somit auf 206 500 €³.

Dieses Einsparvolumen belastet die Budgets der Nutzer zusätzlich. Aufgrund der pauschalen Kürzung des Sachkostenbudgets um 10 Prozent sowie der des Personalkosten-Budgets um 3 Prozent und aufgrund der finanziellen Auswirkungen der zweimonatigen Wiederbesetzungssperre seit dem Haushaltsjahr 2011 sind die Budgets ausgereizt. Es ist absehbar, dass die Nutzer die benötigten Mittel für Malus-Zahlungen bei der Kämmerei einfordern werden.

Der von Rödl & Partner empfohlene Sanktionsmechanismus des Bonus-Malus-Systems verlangt wie das Mieter-Vermieter-Modell nach einer Aufstockung der Sachkostenbudgets um Nutzungsentgelte und Betriebskosten. Mit einem derartigen Null-Summen-Spiel (Budget = Bedarf) lassen sich kurzfristig keine Einsparungen erzielen. Mittelfristig dürfte der Erfolg eines Bonus-Malus-Systems nicht größer sein als der mittelfristig angestrebte Erfolg des in Ziffer 3 vorgeschlagenen Bonus-Systems.

Wenn sich das System eingespielt hat und entsprechende Erfahrungswerte vorliegen, kann ggf. nachgesteuert werden, indem das Bonus-System zu einem Bonus-Malus-System ausgeweitet wird.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Verwaltung schlägt statt eines Bonus-Malus-Systems ein Bonus-System vor, um die Flächenoptimierung in Verwaltungsgebäuden voranzutreiben und Einsparungen zu erzielen.⁴ Das Bonus-System soll mit einer Laufzeit von 5 Jahren bis zur Einführung des Mieter-Vermieter-Modells angewendet werden. Mit einer einmaligen Bonuszahlung von 50 Prozent der eingesparten fiktiven Miet- und Betriebskosten eines Jahres sollen Anreize geschaffen werden, freiwillig auf die Inanspruchnahme von Büroflächen zu verzichten.

² Zielvorgabe: Der Flächen-Bedarfsdeckungsgrad soll maximal 130 Prozent betragen.

³ Das Einsparvolumen der Maßnahme Nr. 12 Flächenoptimierung in Verwaltungsgebäuden mit 238 000 € besteht aus diesen 206 500 € sowie aus 31 400 € einzusparenden Raumkosten, die sich durch die Reduzierung von Büroarbeitsplätzen ergeben (Maßnahme Nr. 5).

⁴ Bonus-Systeme werden bzw. wurden in Erlangen bereits erfolgreich angewendet: „Energiespar-Modell 50-50“ und „Weniger Müll an unserer Schule“.

Für jede Organisationseinheit (= Budgetamt) wird ab dem Haushaltsjahr 2012 ein virtuelles Budget außerhalb des Rechnungswesens eingerichtet. In diese Budgets werden den Nutzern die fiktiven Mittel eingestellt, welche die Nutzungsentgelte (= fiktive Miete) und Betriebskosten (= fiktiver Durchschnittswert) für die zu Jahresbeginn tatsächlich beanspruchten Flächen decken. Im Rahmen der vorbereitenden Abschlussarbeiten werden zum Ende des Haushaltsjahres die fiktiven Nutzungsentgelte und Betriebskosten zu gleichen Preisen, aber auf Basis der tatsächlich belegten Fläche erneut kalkuliert. Personelle Veränderungen führen zu Bereinigungen.

Den Organisationseinheiten, die im Laufe des Jahres ihre beanspruchten Flächen durch eigene Entscheidungen um mindestens einen Raum reduzieren, kommen die fiktiven Einsparungen einmalig zu 50 Prozent zugute. Bei der jährlichen Abrechnung der Amtsbudgets erfolgt eine entsprechende Gutschrift in Höhe des Bonus.

Beispiel: Abrechnung Budgetamt x

Abrechnung Budgetamt x	Flächenverbrauch	Fiktive monatliche Miete je qm NF 2.1	Fiktive monatliche Betriebskosten je qm NF 2.1	Fiktive Jahresmiete	Fiktive Betriebskosten	Virtuelles Budget
Stichtag 1. Januar	100 qm NF 2.1	7,50 €	3,40 €	+ 9 000 €	+ 4 080 €	+ 13 080 €
Stichtag 31. Dezember	90 qm NF 2.1	7,50 €	3,40 €	- 8 100 €	- 3 672 €	- 11 772 €
Fiktive Einsparung				900 €	408 €	1 308 €
davon 50 Prozent Bonus				450 €	204 €	654 €

Über die erzielten Einsparungen, deren Verwendung und über die Höhe der Boni wird die Verwaltung im BWA und im HFPA Bericht erstatten.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Die Bonuszahlungen werden aus der Rückgabe der erwirtschafteten Einsparungen aus den Sach- und Personalkostenbudgets - gemäß Budgetierungsregeln derzeit 80 Prozent - an den allgemeinen Haushalt finanziert.

Die tatsächlich erreichten Einsparungen (Miete, Betriebskosten) durch Flächenreduzierung verbleiben im GME und dienen zunächst der Finanzierung kleinerer Umbaumaßnahmen (z. B. Versetzen von Wänden) und erforderlicher Umzüge. Mittelfristig werden sich größere Einsparungen ergeben, die im Budget des GME zur Finanzierung von Sondermaßnahmen des Bauunterhaltes verbleiben sollen und eine zusätzliche Mittelbereitstellung überflüssig machen.

Es ist unwahrscheinlich, dass sich die Einsparvorgaben von Rödl & Partner in Höhe von 206 500 € realisieren lassen. Ämter mit viel Publikumsverkehr, mit hohen Anforderungen an Diskretion und Vertraulichkeit (z. B. Beratungsstellen) und mit größerem Raumbedarf, der fachlich bedingt ist (z. B. technische Ämter aufgrund der Baupläne und CAD-Arbeitsplätze), werden die theoretischen Potentiale nicht ausschöpfen können.

Anlagen:

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/ZV/112

Verantwortliche/r:
Personal- und Organisationsamt

Vorlagennummer:
11/073/2011

Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2012; Neufassung vom 12.2011 - Auszug aus der Verwaltungsvorlage vom Dezember 2011

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	18.01.2012	Ö	Gutachten	

Beteiligte Dienststellen

Gem. Aufstellungsverfahren zum Stellenplan alle Referate, Fachämter und Personalrat

I. Antrag

Der Stellenplan der Stadt Erlangen 2012 wird anhand der Verwaltungsvorlage Liste A (1. Neufassung vom Dezember 2011) geändert und ergänzt.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Aufgaben- und bedarfsorientierte Stellenplanung.

2. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Ergänzungen und Änderungen werden auf Verwaltungsebene umgesetzt.

Anlagen: Liste Stellenplan – Auszug
Fraktionsanträge

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

OBM/ZV/112/CMB T. 1642

Erlangen, Dezember 2011

Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2012

Neufassung

hier: Auszug aus der Verwaltungsvorlage vom Dezember 2011

für die Sitzung des HFPA-HH am 18.01.2012

Inhalt	Seite
1. Vorbemerkungen	2
2. Liste A – neue Planstellen, Fraktionsanträge usw.	3
3. Liste B – Stellenwertänderungen usw.	29

Referat Zentrale Verwaltung

Ternes

2.3 Stellenneuschaffungen, Funktionsänderungen, kw-Vermerke, s-Sperrungen bzw. –Entsperrungen

Nr.	Ref/ Amt/PISt	Zw/EZ.	Funktion/Aufgabe/ Thema	Wert	Anteilige Personal- kosten 2012 €	Gesamt- jahres- kosten ab 2013 €	Begründung/Bemerkungen	Gutach- ten Fach- aus- schuss	Gutach- ten HFGA 01.02./ 02.02.12	Beschluss Stadtrat 16.02.12
HFGA										
BM II										
10.	I 0000003	-0,5	Bürgermeister/in	B 6	---	---	Stelleneinzug: Aufgrund Stadtratsbeschluss vom 26.05.2011 (ehrenamtl. Bürgermeister/in) kann dieser Stellenanteil im Stellenplan in Höhe von 0,5 eingezogen werden.			
BM III										
17 16	V 1300045	0,5	Geschäftszimmerkraft/HSB Stadtratsangelegenheiten	EG 8	22.500	22.500	Neuschaffung: Die Aufgaben im Bereich BM III sind stark gestiegen, dadurch ist eine verstärkte Zuarbeit für die 3. Bürgermeisterin bzw. Referentin erforderlich. Gleichzeitig soll diese personelle Verstärkung beitragen, dass durch Aufgabenumschichtung auch Amt 13-2 hinsichtlich der neuen Aufgabe Systemadministration Session entlastet wird. Refinanzierung: Keine			
12.	<u>Antrag</u> <u>StR Grille</u>		Geschäftszimmerkraft BM III	EG 8	---	---	<u>Streichung des Änderungsvorschlages Nr. 11</u>			

Nr.	Ref/ Amt/PIS	Zw/EZ.	Funktion/Aufgabe/ Thema	Wert	Anteilige Personal- kosten 2012 €	Gesamt- jahres- kosten ab 2013 €	Begründung/Bemerkungen	Gutach- ten Fach- aus- schuss	Gutach- ten HFPA 01.02./ 02.02.12	Beschluss Stadtrat 16.02.12
Referat II										
13.	II 2000030	1,0	SB Beteiligungs- management	EG 13	52.500	70.000	Neuschaffung: Durch personelle Verstärkung können die städtischen Interessen effektiver wahrgenommen werden. Zudem könnten bei Nichtschaffung rechtliche Vorgaben, z.B. Erstellung einer Konzernbilanz, nicht umgesetzt werden. Durch diese Neuschaffung wird ein zbV-Stellenvolumen im Umfang von 0,5 freigemacht. Refinanzierung: Nicht bezifferbar			
Amt 11										
18/14 16	OBM/ZV 1110000		alt: Stabsstelle Verwaltungsmodernisierung neu: Abteilungsleitung Personalentwicklung	EG 14	---	---	Funktionsänderung: Durch Reorganisation des Amtes 11 bedarf es dieser Funktionsänderung.			
15.	OBM/ZV 1100070		SB Systembeauftragte/r PMS	A 10	---	---	Wegfall kw-Vermerk in Höhe von 0,5: Kw-Vermerk wurde angebracht, um eine spätere Bedarfsprüfung sicher zu stellen. Die Prüfung zeigt einen dauerhaften Stellenbedarf.			
16.	OBM/ZV 11...	0,5	SB Systembeauftragte/r PMS	A 10	---	---	Neuschaffung: Der Stellenbedarf besteht auf Dauer. Eine zbV-Planstelle wird durch diese Stellenschaffung im gleichen Umfang freigemacht.			
17.	OBM/ZV 1111015		SB Verwaltung	A 10	---	---	Wegfall kw-Vermerk in Höhe von 0,5: Kw-Vermerk wurde angebracht, um eine spätere Bedarfsprüfung sicher zu stellen. Die Prüfung zeigt einen dauerhaften Stellenbedarf.			

Nr.	Ref/ Amt/PISt	Zw/EZ.	Funktion/Aufgabe/ Thema	Wert	Anteilige Personal- kosten 2012 €	Gesamt- jahres- kosten ab 2013 €	Begründung/Bemerkungen	Gutach- ten Fach- aus- schuss	Gutach- ten HFPA 01.02./ 02.02.12	Beschluss Stadtrat 16.02.12
18.	OBM/ZV 1131080	0,5	SB Beihilfe	A 8	9.500	19.100	<p>Neuschaffung: Aktuelle Stellenbedarfsprüfung zeigt diesen Stellenbedarf.</p> <p>Unter Vorbehalt: Stadt Nürnberg prüft derzeit nochmals den Bedarf</p> <p>Refinanzierung: Ca. 80 % übernimmt die Stadt Nürnberg gem. IZ-Vereinbarung</p> <p>Es handelt sich hierbei z.T um eine neue gesetzliche Aufgabe (Abrechnung von Arzneimittelrabatten).</p>			
19.	OBM/ZV 1100060		Bezugerechner/in	A 8	---	---	<p>Wegfall kw-Vermerk in Höhe von 0,5: Kw-Vermerk wurde angebracht, um eine spätere Bedarfsprüfung sicher zu stellen. Die Prüfung zeigt einen dauerhaften Stellenbedarf.</p>			
19/1 eGov	OBM/ZV 1132010		alt: Bezugerechner/in neu: SB Administration LOGA	A 9S	---	---	<p>Funktionsänderung: Aktuelle Stellenbedarfsprüfung bestätigt diesen Stellenbedarf. Dafür bedarf es einer Bezugerechnerstelle weniger.</p>			
eGov										
21.	OBM/ZV 10...	0,5	SB Mediengestaltung/SB Webredaktion	EG 8	7.500	22.500	<p>Neuschaffung: Um ein verbessertes und einheitliches Erscheinungsbild der Stadt Erlangen zu erreichen, ist der sicherste Weg eine eigene städtische Fachkraft hierfür vorzuhalten.</p> <p>Refinanzierung: Nicht bezifferbar; Reduzierung der Fremdvergaben</p>			

Nr.	Ref/ Amt/PISt	Zw/EZ.	Funktion/Aufgabe/ Thema	Wert	Anteilige Personal- kosten 2012 €	Gesamt- jahres- kosten ab 2013 €	Begründung/Bemerkungen	Gutach- ten Fach- aus- schuss	Gutach- ten HFGA 01.02./ 02.02.12	Beschluss Stadtrat 16.02.12
Amt 13										
22.	OBM 1302030		SB Verwaltung	EG 5	9.100	9.100	Wegfall der Stundensperre in Höhe von 9 Std.: Vor allem für die Aufgabe „Betreuung jüdischer Mitbürger“ wird dieser Stellenbedarf auf Dauer benötigt. Desweiteren Aufstockung Personalbudget um flexibler bei Arbeitsspitzen reagieren zu können. Refinanzierung: Keine			
23.	<u>Fraktion- santrag SPD</u>	0,5	<i>Geschäftsstelle Ausländer- und Integrationsbeirat</i>	EG 10	14.700	29.300	Neuschaffung: <i>Zuwachs an Aufgaben/Themen</i>			
23.	<u>Fraktion- santrag Grüne Liste</u>	0,5	<i>Geschäftsstelle Ausländer- und Integrationsbeirat</i>	EG 10	14.700	29.300	Neuschaffung: <i>Der Beirat versucht seit Jahren den Wegfall der sog. ABM-Stelle durch Besetzung mit PraktikantInnen und Auszubildenden aufzufangen. Der häufige Wechsel und die unterschiedlichen Kompetenzen der Einzelnen können eine kontinuierliche und auf Erfahrung aufbauende Arbeitsweise in keinster Weise ausgleichen. Zudem ist der Aufgabenzuwachs der Geschäftsstelle seit 2008 angestiegen.</i>			
Amt 20										
25.	II 2001110		alt: SB Verwaltung neu: SGL Haushaltsplanung und –vollzug	alt. A 11 neu: A 12	3.700	3.700	Funktionsänderung: Die Aufgaben der Abteilungsleitung sind seit der Einführung der Doppik erheblich angewachsen. Die komplette Anlagenbuchhaltung, sowie die Kosten- und Leistungsrechnung sind hinzugekommen. Der Abteilungsleitung ist es daher nicht mehr möglich nebenbei auch noch als Sachgebietsleiter Haushalt zu fungieren.			

Nr.	Ref/ Amt/PISt	Zw/EZ.	Funktion/Aufgabe/ Thema	Wert	Anteilige Personal- kosten 2012 €	Gesamt- jahres- kosten ab 2013 €	Begründung/Bemerkungen	Gutach- ten Fach- aus- schuss	Gutach- ten HfPA 01.02./ 02.02.12	Beschluss Stadtrat 16.02.12
26. 	<u>Fraktion- santrag FDP</u>	1,0	Bauinvestitions- controlling	EG 13	35.000	70.000	Neuschaffung: <i>Bereits zum Haushalt 2010 hat die FDP einen entspre- chenden Antrag zur Einführung eines Bauinvestitions- controllings gestellt. Dies soll nun umgesetzt werden.</i>			
27. 	<u>Fraktion- santrag FDP</u>	1,0	SB Haushalt	A 11	23.000	46.000	Neuschaffung: <i>Verstärkung der Stadtkämmerei zur Erfüllung der Kern- aufgaben: Haushaltskontrolle, Vollzug und Planung</i>			
28.  21/116	<u>Fraktion- santrag Erlanger Linke</u>	2,0	Sachbearbeiter/in		50.000	100.000	Neuschaffung: <i>Sicherstellung der Gleichheit des Steuervollzugs („Fi- nanzfahnder“) Begründung erfolgt mündlich</i>			
Amt 32 (Ordnungswesen)										
29.	III 3202210		SB Waffen- und Sprengstoffrecht, Ordnungsaufga- ben	A 10	---	---	Wegfall kw-Vermerk in Höhe von 1,0: <i>Kw-Vermerk wurde angebracht, um eine spätere Be- darfsprüfung sicher zu stellen. Die Prüfung zeigt einen dauerhaften Stellenbedarf.</i>			
30. 	<u>Antrag StR Grille</u>	1,0	Sachbearbeiter/in	EG 5	19.900	39.800	Neuschaffung: <i>Schaffung einer Stelle zur Verbesserung und Über- wachung der Sauberkeit im öffentlichen Raum</i>			
Amt 33										
31.	III 33...	1,0	Schaltersachbear- beiter/in	A 8	38.300	38.300	Neuschaffung: <i>Aufgrund Einführung des elektronischen Aufenthaltsti- tels bedarf es dieser Stellenneuschaffung. Refinanzierung: Keine Es handelt sich hierbei um eine neue gesetzliche Aufgabe</i>			

Nr.	Ref/ Amt/PISt	Zw/EZ.	Funktion/Aufgabe/ Thema	Wert	Anteilige Personal- kosten 2012 €	Gesamt- jahres- kosten ab 2013 €	Begründung/Bemerkungen	Gutach- ten Fach- aus- schuss	Gutach- ten HFGA 01.02./ 02.02.12	Beschluss Stadtrat 16.02.12
32.	III 33...	0,5	Schalterhilfsach- bearbeiter/in	EG 5	19.900	19.900	Neuschaffung: Aufgrund Einführung des elektronischen Aufenthaltsti- tels bedarf es dieser Stellenneuschaffung. Refinanzierung: Keine Es handelt sich hierbei um eine neue gesetzliche Aufgabe			
33.	<i>Fraktions- antrag CSU</i>		<i>Siehe Nr. 31 und Nr. 32 dieser Liste A</i>		---	---	<u>Jeweils Anbringung eines kw-Vermerkes</u>			
Amt 37										
22/1 186	I 3700015 I 3700020		alt: Einsatzleitung neu: Stabsstelle vorbeugender Brandschutz	A 12 A 11	---	---	<u>Verschiebung kw-Vermerk:</u> Die bereits längerfristig bestehende Belastung der Mit- arbeiter in der Einsatzleitung kann weder durch organi- satorische noch durch Rationalisierungsmaßnahmen ausgeglichen werden. Zur ständigen Besetzung der Funktion des Einsatzleiters „rund um die Uhr“ ist die Vorhaltung einer ausreichenden Anzahl von Mitarbeitern erforderlich. Mehrarbeitsstunden in einem nicht mehr vertretbaren Rahmen fallen regelmäßig an und können nicht ausgeglichen werden. Die Verschiebung des kw-Vermerks stellt eine spätere Bedarfsprüfung/Organisationsprüfung sicher.			

Nr.	Ref/ Amt/PISt	Zw/EZ.	Funktion/Aufgabe/ Thema	Wert	Anteilige Personal- kosten 2012 €	Gesamt- jahres- kosten ab 2013 €	Begründung/Bemerkungen	Gutach- ten Fach- aus- schuss	Gutach- ten HFPA 01.02./ 02.02.12	Beschluss Stadtrat 16.02.12
Amt 39										
35.	III 3910030	0,5	Amtstierarzt	A 14	14.800	29.700	<p>Neuschaffung: Aktuelle Stellenbedarfsprüfung bestätigt diesen Stellenbedarf.</p> <p>Refinanzierung: Nicht gesichert – derzeit wird mit dem Freistaat Bayern verhandelt</p>			
36.	III 3921500	1,0	Fleisch- kontrolleur/in	EG 3	18.300	36.600	<p>Neuschaffung: Aktuelle Stellenbedarfsprüfung bestätigt diesen Stellenbedarf.</p> <p>Refinanzierung: Diese Personalmehrkosten werden durch kostendeckende Gebühren gem. Gesundheitsdienstgesetz wieder ausgeglichen.</p>			
23/116										

Ö 15 Antrag zum Stellenplan

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 29.11.2011

Antragsnr.: 176/2011

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

Zust. Referat: OBM/ZV/11/Hr. Matuschke
mit Referat:

Liste A: Neuschaffungen/Stelleneinzüge, Funktionsänderungen, Wegfall/Anbringung von Vermerken zum Stellenplan FDP

Beantragt wird: (Zutreffendes bitte ankreuzen und eintragen)

Neuschaffung einer Planstelle bzw. einer halben Planstelle bzw. Planstellen (mehrere, z.B. 2,5)

Stelleneinzug bei Planst.Nr(n).

Wegfall des kw-/Sperrvermerks: bei Planst.Nr(n).

Anbringung eines kw-Vermerks bei Planst.Nr(n). zum (Datum)

Änderung der Funktion bei Planstelle Nr. bisher:

neu:

Sonstiges:

Amt/Dienststelle Stadtkämmerei Amt 20

Abt./SG/Bereich

Funktionsbezeichnung Baukostenkontrolleur

Stellenwert Wird vom Personal- und Organisationsamt festgelegt

Begründung:

Bereits zum Haushalt 2010 hat die FDP einen entsprechenden Antrag zur Einführung eines Baukostenkontrolleurs gestellt. Dies soll nun umgesetzt werden.

Finanzielle Konsequenzen:

A14

Kostendeckungsvorschlag:

Der Baukostenkontrolleur wird sich durch die zu erwartenden Einsparungen mindestens selbst rechnen.

Ö 15 Antrag zum Stellenplan

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO
Eingang: 29.11.2011
Antragsnr.: 177/2011
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: OBM/ZV/11/Hr. Matuschke
mit Referat:

Liste A: Neuschaffungen/Stelleneinzüge, Funktionsänderungen, Wegfall/Anbringung von Vermerken zum Stellenplan FDP

Beantragt wird: (Zutreffendes bitte ankreuzen und eintragen)

- Neuschaffung einer Planstelle bzw. einer halben Planstelle bzw. Planstellen (mehrere, z.B. 2,5)
- Stelleneinzug bei Planst.Nr(n).
- Wegfall des kw-/Sperrvermerks: bei Planst.Nr(n).
- Anbringung eines kw-Vermerks bei Planst.Nr(n). zum (Datum)
- Änderung der Funktion bei Planstelle Nr. bisher: neu:
- Sonstiges:

Amt/Dienststelle Stadtkämmerei Amt 20

Abt./SG/Bereich

Funktionsbezeichnung Stärkung der Kernaufgaben: Haushaltskontrolle, Vollzug und Planung

Stellenwert Wird vom Personal- und Organisationsamt festgelegt

Begründung:

Verstärkung der Stadtkämmerei zur Erfüllung der Kernaufgaben: Haushaltskontrolle, Vollzug und Planung

Finanzielle Konsequenzen:

A11

Kostendeckungsvorschlag:

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 29.11.2011

Antragsnr.: 153/2011

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

**Zust. Referat: OBM/ZV/11/Hr. Matuschke
mit Referat:**

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathaus
91052 Erlangen

Stellenplan-Anträge der SPD-Fraktion

Amt	Stellenplan- nummer	Aufgaben	Besoldungsgruppe/ Umfang	Kurzbegründung
13/AIB	Neu	Geschäftsstelle Ausländer- und Integrationsbeirat	0,5 Stelle EG 10	Zuwachs an Aufgaben/ Themen
32	Neu	Baustellenkontrolleur	1 Stelle A8	Bekämpfung Schwarzarbeit u.a.
41		Lehrkräfte Klavier u. Violine Sing- und Musikschule	(2x15 =) 30 Stunden EG 9	Unterrichtsangebot reicht nicht aus
452		Aufsicht Museum	0,2 Vol EG 3 8 Stunden EG 1	Öffnungszeiten anpassen
47/KPB		KS:ER	10 Stunden	Pflege, Kommunikation / Vernetzung
513	Neu	Erziehungsberatung für Eltern mit Migrationshintergrund in türk. Sprache	14 Std. Hilfsweise: befristet auf 3 Jahre (Förderzeitraum)	Angebot bisher durch „Mosaik“ – läuft aus Förderung durch Bezirk vorhanden
51	Neu	Offene Jugendarbeit	0,5 Stelle	Springer zur Abdeckung der Aufsichtspflicht, damit Jugendhäuser im Krankheitsfall nicht geschlossen werden müssen
51		Supervision	Aufstockung um 10 Stunden	Einkauf von Außen teurer
512	Neu	Verwaltungskraft gehobener Dienst; Abrechnung Krippenausbau/Abrechnung Zuschüsse/Finanzierung	1 Stelle, laufende Aufgabe	Grund Ausbauziel auf 50%

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO
Eingang: 29.11.2011
Antragsnr.: 172/2011
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: OBM/ZV/11/Hr. Matuschke
mit Referat:



Stadtratsfraktion

Grüne Liste Rathausplatz 1 91052 Erlangen

Herrn
 Oberbürgermeister
 Dr. Siegfried Balleis
 Rathausplatz 1
 91052 Erlangen

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
 Zimmer 130

tel 09131/862781 fax 09131/861681
 e-mail: gruene-liste@erlangen.de
<http://www.gl-erlangen.de>

Bürozeiten:
 Mo 10-12, 14-18 Di, Mi 10-12 Do 10-14

Erlangen, den 28.11.2011

Haushalt 2012: Anträge zum Stellenplan

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir beantragen folgende Änderungen zum Stellenplan:

Stellen	Aufgaben	Antrag	Begründung
Amt 31	Umsetzung eines ökologischen und sozial fairen Beschaffungskonzeptes für alle städtischen Einrichtungen und Tochtergesellschaften	Zusätzliche halbe Stelle	Im Sinne des Klimaschutzes und einer lebenswerteren Umwelt beantragen wir ein an fairtrade und an ökologische Kriterien gebundenes Beschaffungswesen einzuführen. Der städtische Einkauf umfasst alle Bereiche des Konzerns Stadt. Das beginnt bei Baumaterialien, Büroartikel Lebensmittel und Getränken; setzt sich über Farben, Schmier-, Hygiene- und Putzmittel fort bis hin zu Löschmittel der Feuerwehr. Nur durch ein Umdenken und anderes Konsumverhalten der öffentlichen Hand kann auch eine Änderung des Sortiment-Angebotes insgesamt erreicht werden. Damit die Notwendigkeit dieses Projektes in der Verwaltung verankert wird und es umgesetzt werden kann, sind zusätzliche Personalkapazitäten erforderlich.
Amt 32	BaustellenkontrolleurIn	1 Vollzeitstelle	Reduziert Schäden im öffentlichen Raum, z.b. beim Straßenbegleitgrün. Weniger Konflikte mit Nachbarschaft, FußgängerInnen und RadlerInnen. Finanziert sich selber aus Bußgeldern.
GME	Energiemanagement	Zusätzliche halbe Stelle – Aufstockung Planstelle 2400050	Einsparmöglichkeiten durch Eigenleistung werden derzeit nicht genutzt. Dadurch zuviele externe Vergaben und Ausfall von Fördermitteln (siehe auch Arbeitsprogramm S. 98).

Amt 42	Bibliothekarin	Halbe Stelle mit 9,5 Stundensperre	Beseitigung von Problemen in der Kinderbibliothek durch Übernahme einer Auszubildenden (siehe auch Arbeitsprogramm S. 217)
Amt 452	Aufsicht	Plus 8 Wochenstunden	Einführung zeitgemäßer Öffnungszeiten im Stadtmuseum (47 h statt 39 h pro Woche)
Amt 51	Supervision Abt. 511	10 Stunden	Zunehmende Arbeitsbelastung auf allen Ebenen des Jugendamtes. Qualifizierte Arbeit ist nur mit Supervision möglich
Amt 51	Verwaltung	Eine Stelle SGL	Notwendige Umsetzung des Fachcontrolling gemäß den Vorschlägen von Rödel&Partner. Dies führt letztendlich zur Effektivierung der Arbeit und zu Kosteneinsparung (siehe auch Arbeitsprogramm S. 299/300)
Amt 51	SpringerIn Offene Jugendsozialarbeit	Zusätzliche halbe Stelle	Damit auch u.a. bei Krankheitsfällen die Öffnungszeiten in der offenen Jugendarbeit ermöglicht bleiben (siehe auch Arbeitsprogramm S. 336)
Seniorenbeirat	Geschäftsführung	Aufstockung um 10 Stunden	Neben der Tätigkeit als Geschäftsführerin des Seniorenbeirates wurde Frau Strobl 2003 zusätzlich mit der Aufgabe der Organisation für Gratulationen und Jubiläen betreut. Beide Tätigkeiten werden durch die demografische Entwicklung umfangreicher. Die Arbeitszeit von 19,25 Wochenstunden reichen für beide Tätigkeiten nicht aus. Deshalb sind Frau Strobl wieder die 19,25 Wochenstunden voll für die Arbeit als Geschäftsführerin des Seniorenbeirates zur Verfügung zu stellen. Die Tätigkeiten für Gratulationen und Jubiläen sind zu erhalten und mit entsprechender Erhöhung der Arbeitszeit von Frau Strobl zu gewährleisten.
Amt 42	Sing- und Musikschule 414	Aufstockung im Fach Klavier um 15 Stunden	Musik und das Erlernen von Instrumenten sind wichtig für die Entwicklung von Kindern. Bei 46 Anmeldungen können derzeit nur 18 Kinder aufgenommen werden.
Amt 13	Geschäftsführung Ausländer- und Integrationsbeirat	Zusätzliche halbe Stelle	Der Beirat versucht seit Jahren den Wegfall der sog. ABM-Stelle durch Besetzung durch PraktikantInnen und Auszubildende aufzufangen. Der häufige Wechsel und die unterschiedlichen Kompetenzen der Einzelnen können eine kontinuierliche und auf Erfahrung aufbauende Arbeitsweise in keinsten Weise ausgleichen. Zudem ist der Aufgabenzuwachs der Geschäftsstelle seit 2008 angestiegen.
Amt 50	Wohnen für Hilfe	Wegfall einer viertel Stelle	Kosten stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen

Mit freundlichen Grüßen

gez. Susanne Lender-Cassens

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Susanne Lender-Cassens', with a long, sweeping flourish extending from the end.

f.d.R.: Most

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 29.11.2011

Antragsnr.: 140/2011

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

Zust. Referat: OBM/ZV/Hr. Matuschke
mit Referat:

erlanger linke

Erlanger Linke Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Antrag zum Haushalt

Sehr geehrter Herr Dr. Balleis,

hiermit beantragen wir:

- Einstellung von 100.000€ für zwei Stellen Finanzfahnder zur Sicherstellung der Gleichheit des Steuervollzugs

Begründung: erfolgt mündlich

Mit freundlichen Grüßen

Eckart Wangerin
Stadtrat

Fraktion Erlanger Linke

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Zimmer 127

Büro: Montags 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Und nach Vereinbarung

tel 09131/86-1789

fax 09131/86-1791

e-mail: erlanger-linke@stadt.erlangen.de

<http://www.erlanger-linke-stadtrat.de/>

Erlangen, den 14. November 2011

Barbara Grille M.A.

Einzelstadträtin
Vogelherd 2
91058 Erlangen
Tel.: 01577/6483093

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 29.11.2011

Antragsnr.: 183/2011

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

**Zust. Referat: OBM/ZV/11/Hr. Matuschke
mit Referat:**

Erlangen, 29. November 2011

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

anbei füge ich meine Anträge zum Stellenplan 2012

- BM III – Nichtschaffung der beantragten Geschäftszimmerkraft BM III
- Amt 31 – Abbau einer Stelle im Bereich „Baumschutzverordnung“
- Amt 32 – Schaffung einer Stelle zur Verbesserung und Überwachung der Sauberkeit im öffentlichen Raum
- Amt 41/Sing- und Musikschule – Aufstockung um 20 Stunden für die Sing- und Musikschule / Ausbau und Optimierung des städtischen Angebots
- Am 452 (461) Stadtmuseum – Aufstockung um 10 Stunden
- OBM/eGov/Amt 50, Seniorenamt – Aufbau und Pflege der Homepage des Seniorenbeirats

Mit freundlichen Grüßen!

Barbara Grille

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/13-2/ssa/T. 2813

Verantwortliche/r:
Bürgermeister- und Presseamt

Vorlagennummer:
13-2/171/2011

Antrag zum Haushalt: Kürzung der Geschäftsführungszuschüsse für die Fraktionen hier: Antrag Nr. 141/2011 der Fraktion Erlanger Linke

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	18.01.2012	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Siehe Antrag Nr. 141/2011 der Fraktion Erlanger Linke

II. Begründung

Siehe Antrag Nr. 141/2011 der Fraktion Erlanger Linke

Anlagen: Antrag der Fraktion Erlanger Linke Nr. 141/2011

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Ö 16.1

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 29.11.2011
Antragsnr.: 141/2011
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: OBM/13/Hr. Schmitt
mit Referat: II/20/Hr. Sponsel

erlanger linke

Erlanger Linke Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Fraktion Erlanger Linke

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Zimmer 127

Büro: Montags 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Und nach Vereinbarung

tel 09131/86-1789
fax 09131/86-1791
e-mail: erlanger-linke@stadt.erlangen.de
<http://www.erlanger-linke-stadtrat.de/>

Erlangen, den 14. November 2011

Antrag zum Haushalt

Antrag: „Kürzung der Geschäftsführungszuschüsse.“

Sehr geehrter Herr Dr. Balleis,

Hiermit beantragen wir die progressive Kürzung der Geschäftsführungszuschüsse für die Fraktionen, beginnend mit 10%.

Begründung: erfolgt mündlich

Mit freundlichen Grüßen

Eckart Wangerin
Stadtrat

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM

Verantwortliche/r:
Dr. Siegfried Balleis

Vorlagennummer:
13-2/173/2012

Antrag zum Haushalt: Haushaltskonsolidierung 2012 - Höhere Beteiligung der Sparkasse

hier: Antrag Nr. 173/2011 der Fraktion Grüne Lise

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	18.01.2012	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Siehe Antrag Nr. 173/2011 der Fraktion Grüne Liste

II. Begründung

siehe Antrag Nr. 173/2011 der Fraktion Grüne Liste

Anlagen: Antrag Nr. 173/2011 der Fraktion Grüne Liste

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Ö 16.2 Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 29.11.2011
Antragsnr.: 173/2011
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: OBM/Dr. Balleis
mit Referat: II/20/Hr. Sponsel

Grüne Liste Rathausplatz 1 91052 Erlangen

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathausplatz 1
91052 Erlangen



Stadtratsfraktion

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Zimmer 130

tel 09131/862781 fax 09131/861681
e-mail: gruene-liste@erlangen.de
<http://www.gl-erlangen.de>

Bürozeiten:
Mo 10-12, 14-18 Di, Mi 10-12 Do 10-14

Erlangen, den 28.11.2011

Antrag: Haushaltskonsolidierung 2012 Höhere Beteiligung der Sparkasse

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir beantragen:

die Sparkasse soll sich mit 250.000 Euro zusätzlich an der Kulturförderung und Unterstützung von sozialen Einrichtungen der Stadt Erlangen beteiligen.

Im Vergleich zu den anderen städtischen Tochtergesellschaften steuert die Sparkasse bisher viel zu wenig bei. Aufgrund der Finanzsituation der Sparkasse ist eine höhere Beteiligung möglich und wünschenswert. Damit könnten die von uns beantragten Verbesserungen in diesen Bereichen finanziert werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Susanne Lender-Cassens

F.d.R.: Wolfgang Most

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
II/20

Verantwortliche/r:
Herr Wolfgang Knitl

Vorlagennummer:
20/032/2011

"Lesbarer Haushaltsplan" - Fraktionsantrag 145/2011 vom 14.11.2011 der "Erlanger Linke"

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	18.01.2012	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Der HFPA nimmt den Sachbericht zur Kenntnis.
Der Fraktionsantrag Nr. 145/2011 ist damit bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die Fraktion Erlanger Linke beantragt die Erstellung eines „lesbaren“ bzw. „allgemein verständlichen Haushaltsplans“ für/ab Haushalt 2012, wobei einzelne Teilaspekte zu diesen Anforderungen im Antrag der Erlanger Linke näher beschrieben sind.

Im Zuge der Antragsbearbeitung sei zunächst auf den Beschluss des HFPA vom 24.11.2010 (Anlage 1) hingewiesen.

Ausgehend von einer Recherche zur Thematik „Lesbarer Haushalt“ bei der Stadt Chemnitz ist festzustellen, dass der vorgenannte Begriff zweierlei Deutungen zulässt, nämlich als Darstellung des (vorgeschriebenen) Haushaltsplans in einer „lesbaren“ Form und zum anderen im Hinblick auf einen sogenannten „Bürgerhaushalt“.

Bürgerhaushalt

Die Stadt Chemnitz hat auf Basis des kameralen Haushalts 2009 eine Broschüre herausgegeben, die wichtige Daten des Haushalts umfasst und haushaltsrechtliche Begriffe erläutert. Die Broschüre ist im Zusammenhang mit dem Projekt „Bürgerhaushalt“ bei der Stadt Chemnitz zu sehen.

Die Stadt Chemnitz hat zwischenzeitlich auf die doppische Buchführung umgestellt. Im Internet ist jedoch nach wie vor Infomaterial nur zum (kameralen) Haushalt 2009 eingestellt. In diesem Zusammenhang ist auch zu erwähnen, dass sich einige der im Bürgerhaushalt der Stadt Chemnitz erwähnten und vom o.g. Fraktionsantrag zitierten Begriffe wie „Gliederung“ oder „Gruppierung“ auf einen kameralen Haushalt beziehen und bei der Doppik ins Leere greifen.

Die Erörterung des Für und Wider eines Bürgerhaushalts kann im Rahmen der Bearbeitung dieses Antrags nicht erfolgen.

Rechtlich vorgeschriebener Haushalt

Obgleich die haushaltsrechtlichen Vorschriften in den Ländern Bayern und Sachsen nicht identisch sind, weisen die doppelten Haushalte der Städte Chemnitz und Erlangen viele Parallelen auf. Im Folgenden sind Beispiele der Darstellung haushaltsrechtlicher Informationen in den Haushalten der Städte Chemnitz (siehe Anlagen) und Erlangen (Verweis auf die Seitenzahlen im Haushalt 2011) ausgewählt. Es sei darauf hingewiesen, dass beide Städte gehalten sind, landesrechtliche Vorgaben einzuhalten, auch bei der Bildung „thematischer Einheiten“ - mögen diese „sinnvoll“ erscheinen oder nicht (vgl. Antragserläuterung der „Erlanger Linke“). Freiheiten für Abweichungen von entsprechenden gesetzlichen Vorgaben eröffnet der Haushaltsvorbericht.

1 Haushaltsquerschnitt

Die (produktbezogenen) Daten der Stadt Chemnitz (Anlage 2) sind feiner aufgeschlüsselt als die der Stadt Erlangen (S. 138), bringen jedoch nicht unbedingt mehr Transparenz.

2 Haushaltsvorbericht

2.1 Ergebnishaushalt – Erträge

Beide Städte bauen die entsprechenden Tabellen (Anlage 3) und Grafiken (Anlage 4, Haushalt ER S. 40) vergleichbar auf. Zu beachten ist jedoch dass eine weitere Differenzierung der Einnahmearten eine Kleinteiligkeit der einzelnen „Kuchenstücke“ bewirkt und hierdurch die Übersichtlichkeit beeinträchtigt wird. Detaillierte Angaben zu einzelnen Einnahmearten, z.B. Steuern, finden sich im Erlanger Haushalt (S. 44) sogar mit ihrer historischen Entwicklung, also über die Darstellung im Haushalt der Stadt Chemnitz hinaus (vgl. Forderung der Erlanger Linke zu Vergleichswerten aus Vorjahren).

Zur Vermeidung von Dopplungen sind weitere Erläuterungen zu den Steuern (nur) im Finanzhaushalt abgedruckt (Haushalt ER S. 21). Die Stadt Chemnitz wiederholt z.T. Erläuterungen aus dem Vorbericht im Finanzhaushalt.

Eine inhaltliche Beschreibung der einzelnen Ertrags- und Aufwandspositionen (Anlage 5) erscheint, wie das Beispiel der Stadt Chemnitz zeigt, durchaus als sinnvoll.

2.2 Verschuldung

Aufgrund ähnlicher landesrechtlicher Vorgaben sind die Darstellungen zur Verschuldung sehr ähnlich. Differenzierung und historische Zeitreihe gehen in Erlangen jedoch weiter (Anlage 6, Haushalt ER S. 48).

2.3 Budgetregeln

Die Regeln der Stadt Chemnitz für eine - wie in Erlangen - Budgetierung auf Ämterebene (Anlage 7) sind oftmals weniger detailliert als in Erlangen (S. 339 ff). Dies mag daran liegen, dass die Budgetierung in Erlangen weiter greift als in Chemnitz. Dort sind z.B. verschiedene Sachkonten wie Haltung von Fahrzeugen, Versicherungen, Fernmeldegebühren, Dienstreisen u.a. von der Budgetierung ausgenommen. In Erlangen gibt es aber gerade zur Bewirtschaftung dieser Sachkonten gesonderte Regelwerke. Außerdem ist die Personalkostenbudgetierung in Chemnitz gering ausgeprägt. Andererseits hat die Stadt Erlangen den Umfang der Amtsbudgets für alle Budgets gleichartig umschrieben und von der kleinräumigeren Festlegung durch einzelne Deckungskreise Abstand genommen (Anlage 8), die nicht als übersichtlich erscheint.

Ob es bei der Stadt Chemnitz auch eine, durch Gremienbeschlüsse verbindliche, inhaltliche Beschreibung der Ämterbudgets gibt (Arbeitsprogramme der Ämter) ist nicht erkennbar. Hierin dürfte eine Stärke der Erlanger Budgetierung liegen.

2.4 Übersicht über freiwillige Zuschüsse

Auf Wunsch der Politik wurde diese Übersicht in den Erlanger Haushalt aufgenommen (S. 49 ff), für die es im Haushalt der Stadt Chemnitz offenbar keine Entsprechung gibt.

2.5 Kennziffern

In beiden Haushalten sind einige Kennziffern abgedruckt (Anlage 9, S. 27). Neben dem Zahlenwert der entsprechenden Kennziffer und der Ermittlungsmethode hat die Stadt Chemnitz jedoch auch eine Bewertung beigefügt. Danach stellt die Stadt Chemnitz eine besonders hohe Steuerquote als vorteilhaft heraus. Aus Sicht der Stadtkämmerei Erlangen ist eine derartige Bewertung aber nicht objektiv möglich und unterliegt insbesondere politischen Ansichten.

3 Darstellung der Teilhaushalte

Die Stadt Chemnitz erstellt die Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalte ausschließlich produktbezogen. Die Darstellungen des Ergebnishaushalts entsprechen sich in beiden Städten (Anlage 10, Haushalt ER S. 517), wobei die Stadt Chemnitz unterhalb der Produktbereiche aber auch die Produktgruppen darstellt. Hierauf verzichtet die Stadt Erlangen weil der Haushalt sowohl produkt- als auch organisationsbezogen dargestellt ist. Wesentliche Informationen sind dem organisationsbezogenen Erlanger Haushalt zu nehmen, weil hierauf die Budgetierung abstellt. Erläuterungen zu wesentlichen Positionen des Ergebnishaushalts sind in Erlangen nicht im Haushalt abgedruckt, sondern in den Arbeitsprogrammen zu finden.

Die Investitionsprogramme (Anlage 11) zu den Teilaushalten sind ebenfalls vergleichbar aufgebaut (Haushalt ER S. 519). Anders als bei der Stadt Chemnitz sind die Beschreibungen der Investitionen im Erlanger Haushalt nicht abgedruckt, sondern im jeweiligen Haushaltsentwurf enthalten, dort aber mit wesentlich mehr Informationen zu den einzelnen Investitionen als in Chemnitz (vgl. ER Haushaltsentwurf 2012, S. 560, Erläuterung zu IP 541.800).

4 Fazit

Die Stadtkämmerei wird weiterhin gerne konkrete Anregungen aus der Politik zur weiteren Verbesserung der Verständlichkeit und Aussagekraft des städtischen Haushalts nach Möglichkeit umsetzen. Auch Anregungen aus anderen Städten wird die Kämmerei unter vorgenannter Zielsetzung aufgreifen. Allerdings ist zu beachten dass ein Mehr an Informationen zu Lasten der Übersichtlichkeit geht, Kostengesichtspunkte zu beachten sind und bestimmte gesetzliche Vorgaben zwingend einzuhalten sind.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Siehe oben „Fazit“

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Kontinuierliche Verbesserung, jedoch unter Kostengesichtspunkten. Es muss berücksichtigt werden, dass zusätzliche, ggf. doppelte Informationen, höhere Druckkosten – Personal- und Sachkosten – verursachen (z.B. Abdruck der nach den Haushaltsberatungen aktualisierten Projektbeschreibungen auch im Haushalt).

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt (sofern keine umfangreichen Umgestaltungen nötig sind).
 sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
 sind nicht vorhanden

- Anlagen:**
- Anlage 01: Fraktionsantrag Nr. 083/2010
 - Anlage 02: Haushaltsquerschnitt
 - Anlage 03: Tabellen
 - Anlage 04: Grafiken
 - Anlage 05: Beschreibung der Ertrags/Aufwandspositionen
 - Anlage 06: Verschuldung
 - Anlage 07: Budgetregeln
 - Anlage 08: Stammdaten Deckungskreise
 - Anlage 09: Kennziffern
 - Anlage 10: Darstellung Teilhaushalte
 - Anlage 11: Investitionsprogramme
 - Anlage 12: Investitionsmaßnahmen
 - Anlage 13: Fraktionsantrag Nr. 145/2011

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
II/201

Verantwortliche/r:
Herr Hauer

Vorlagennummer:
II/067/2010

Lesbarer Haushalt - Fraktionsantrag Nr. 083/2010 vom 03.08.2010 der Erlanger Linke

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	24.11.2010	Ö	Beschluss	mehrheitlich angenommen

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Der Fachausschuss nimmt den Sachbericht zur Kenntnis.
Der Fraktionsantrag Nr. 083/2010 ist damit bearbeitet.

II. Begründung

Mit vorgenanntem Antrag vom August beantragt die Fraktion Erlanger Linke die Erstellung eines lesbaren bzw. allgemeinverständlichen Haushaltsplanes für/ab Haushalt 2011.

Mit Stadtratsbeschluss vom 28.04.2005 hat der Erlanger Stadtrat die Einführung der Doppik beschlossen, was bedeutet, dass damit der Haushalt den Vorgaben der KommHV-Doppik entsprechen muss. Das Projekt NKFE hat im Vorfeld des Doppikbeschlusses mehrfach auf den vorgeschriebenen Aufbau des neuen Haushalts hingewiesen. Es wurde dargestellt, dass an Stelle der kameralen Kostenarten (genannt Gruppierungen) die neuen Konten - in ihrer Anzahl viel umfangreicher - treten und im Haushalt nur die verdichteten Kontengruppen abgebildet werden. Würde man den alten kameralen Haushalt (ca. 10.000 Haushaltsstellen) doppisch abbilden wollen, müssten ca. 100.000 Kontierungsobjekte abgebildet werden. Der Haushaltsentwurf würde dann aus **mindestens 5 Bänden** bestehen.

Die Kämmerei bemüht sich daher zur besseren Information für den Stadtrat seit 1 ½ Jahren durch zusätzliche, arbeitsintensive Anlagen z. B. einer Übersicht über Zuschüsse an Dritte mehr Transparenz über die im Haushalt abgebildeten großen Ertrags- und Aufwandspositionen zu erzielen durch Informationen, die im **lehrbuchmäßigen** doppischen Haushalt nicht vorgesehen sind. Es ist leider aber nicht möglich eine Excel-Tabelle zu erstellen, in der der doppische Haushalt wieder kameral dargestellt und dem Stadtrat sowie dem Bürger auf 300 Seiten mit höchster Informationsdichte die Wirtschaftsplanung der Stadt Erlangen für 2011 dargelegt wird.

Auch das Studium der beispielhaft aufgeführten Städte, insbesondere Köln oder Chemnitz zeigen, dass deren Haushalte genauso wie unsere „gestrickt“ und nach unserer Auffassung auch nicht übersichtlicher sind. Nur im Bereich der Produktsteuerung über Kennzahlen sind diese Kommunen etwas weiter als wir, haben aber auch 5 Jahre früher mit der Doppik begonnen (Chemnitz hat weiterhin einen kameralen Haushalt!). Chemnitz hat aber einzelne Positionen, wie das Zustandekommen der Ansätze für Gemeindesteuern näher erläutert. Diese Anregung hat die Kämmerei im Entwurfsband aufgenommen (siehe dazu Seite 5). Es sei darauf hingewiesen, dass die zitierten Städte zwar einzelne Haushaltspositionen erläutern, **Informationen zu Budgets** – wie sie die städtischen Arbeitsprogramme liefern - jedoch nach unserer Kenntnis **nicht geben**.

Die Kämmerei wird auch weiterhin bestrebt sein, den Informationsgehalt der Haushaltsunterlagen zu erhöhen, wobei aber darauf geachtet wird, dass nicht durch zu viele Detailinformationen eine alles erstickende Informationsflut entsteht.

Anlagen: Antrag Nr. 083/2010 der Fraktion Erlanger Linke vom 03.08.2010

III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 24.11.2010

Ergebnis/Beschluss:

Der Fachausschuss nimmt den Sachbericht zur Kenntnis.

Der Fraktionsantrag Nr. 083/2010 ist damit bearbeitet.

mit 12 gegen 1 Stimmen

gez. Dr. Balleis
Vorsitzende/r

gez. Beugel
Berichtersteller/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Produktbezogene Finanzdaten des Ergebnishaushaltes

Produktbereich						
Produktgruppe						
Produktuntergruppe	31110	31120	31131	31132	31140	31150
Bezeichnung	Hilfe zum Lebensunterhalt (3. Kapitel SGB XII)	Hilfe zur Pflege (7. Kapitel SGB XII)	Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	Feststellung der Schwerbehinderteneigenschaften nach -§ 69 SGB IX, Ausweisung	Hilfen zur Gesundheit	Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und Hilfen in anderen Lebenslagen
1 Steuern und ähnliche Abgaben nach Arten	0	0	0	0	0	0
2 + Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse), Umlagen nach Arten und aufgelöste Sonderposten	0	0	0	0	0	0
3 + sonstige Transfererträge	239.100	254.000	405.000	0	1.200	9.200
4 + öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
5 + privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	500	0	0	0	500	0
7 + Finanzerträge (Zinsen, Erträge aus Beteiligungen u. ähnliche Erträge)	0	0	0	0	0	0
8 +/- aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
9 + sonstige ordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
10 = ordentliche Erträge (Nr. 1 bis 9)	239.600	254.000	405.000	0	1.700	9.200
11 Personalaufwendungen	251.640	542.295	617.714	754.634	48.393	711.100
12 + Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13 + Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	0	0	0	0
14 + planmäßige Abschreibungen	391	1.425	1.616	4.113	184	2.131
15 + Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
16 + Transferaufwendungen wie Abschreibungen auf Investitionsfördermassnahmen	2.435.000	3.337.500	5.667.500	0	2.040.000	832.000
17 + sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	0	384.000	0	0
18 = ordentliche Aufwendungen (Nr. 11 bis 17)	2.687.031	3.881.220	6.286.830	1.142.747	2.088.577	1.545.231
19 = ordentliches Ergebnis (Nr. 10 ./ Nr. 18)	-2.447.431	-3.627.220	-5.881.830	-1.142.747	-2.086.877	-1.536.031

2. Schwerpunkte Ergebnishaushalt

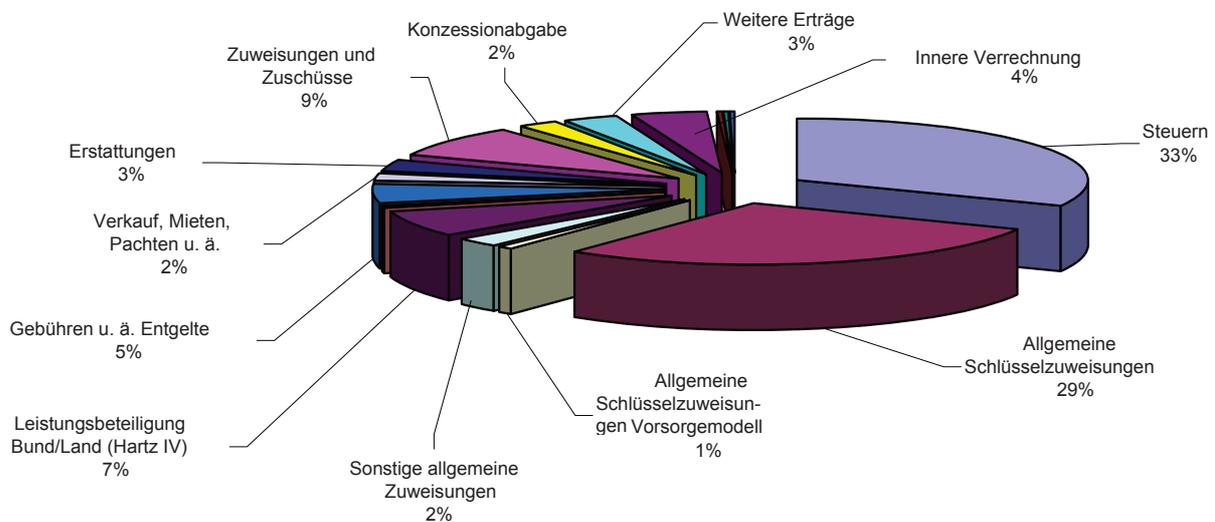
Der Ergebnishaushalt ist derzeit weder im ordentlichen Ergebnis noch im Gesamtergebnis ausgeglichen. Diese bereits aus der ursprünglichen Finanzplanung erkennbare Entwicklung konnte trotz des Anpassens ausgewählter Ansätze sowie der allgemeinen Schlüsselzuweisungen nicht kompensiert werden, da gegenüber der Finanzplanung weitere Mindererträge und Mehraufwendungen zu berücksichtigen waren.

2.1 Ergebnishaushalt – Erträge

Die Zusammensetzung der ordentlichen Erträge des Ergebnishaushaltes zeigt folgende Tabelle. Die Vergleichsangaben zu den Vorjahren sind unter Vorbehalt zu sehen, da aus sachlichen Erwägungen nicht alle kameralen Positionen in den doppischen Haushalt übergeleitet werden konnten. Die Abweichung zum Gesamtergebnishaushalt ist der Einbeziehung der inneren Verrechnung in die nachfolgende Übersicht geschuldet.

in T€

	Konten	RE 2009	Plan 2010	Plan 2011	Fi-Plan 2012	Fi-Plan 2013	Fi-Plan 2014
Steuern	301 - 304	157.514	154.342	181.109	188.466	199.910	207.925
Allgemeine Schlüsselzuweisungen	3111	165.427	176.000	160.611	144.272	147.816	143.839
Allg. Schlüsselzuweis. Vorsorgemodell FAG	31315	9.200	2.810	5.533	8.299	0	0
Sonst. allgemeine Zuweisungen	313 ohne 31315	14.371	14.340	14.003	13.503	13.254	12.981
Leistungsbeteiligung Bund/Land Hartz IV	305, 319	43.440	41.616	39.221	38.102	38.102	38.102
Transfererträge	32	2.635	2.121	2.431	2.431	2.431	2.431
Gebühren u. ä. Entgelte	331 - 336	21.246	23.635	28.079	27.973	28.099	28.103
Verkauf, Mieten, Pachten u. ä.	341 - 346	9.838	10.509	10.975	10.267	10.496	10.617
Erstattungen	348	17.779	17.937	18.058	17.970	17.852	18.079
Zuweis. u. Zuschüsse	314	31.666	39.370	47.305	45.046	44.848	43.451
Konzessionsabgabe	351	25.946	12.283	12.280	12.280	12.280	12.280
Weitere Erträge	356, 36	14.426	15.104	16.276	16.532	16.843	16.766
innere Verrechnung	38	21.240	23.441	24.415	23.014	23.439	23.892
Auflösung von Sonderposten	3151, 337	0	0	1.768	2.133	3.385	3.391
Auflösung/Herabsetzung von Rückstellungen	358	0	0	973	942	1.526	902
aktivierte Eigenleistungen	371	72	52	5	5	5	5
Sonstige Erträge		38	1	1.834	621	621	236
Sonstiges (kameral)		24.678	29.694				
Gesamt		559.516	563.255	564.876	551.856	560.907	563.000



2.1.1 Steuern und ähnliche Abgaben

Nachstehende Übersicht zeigt die Veranschlagung der Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben.

in T€

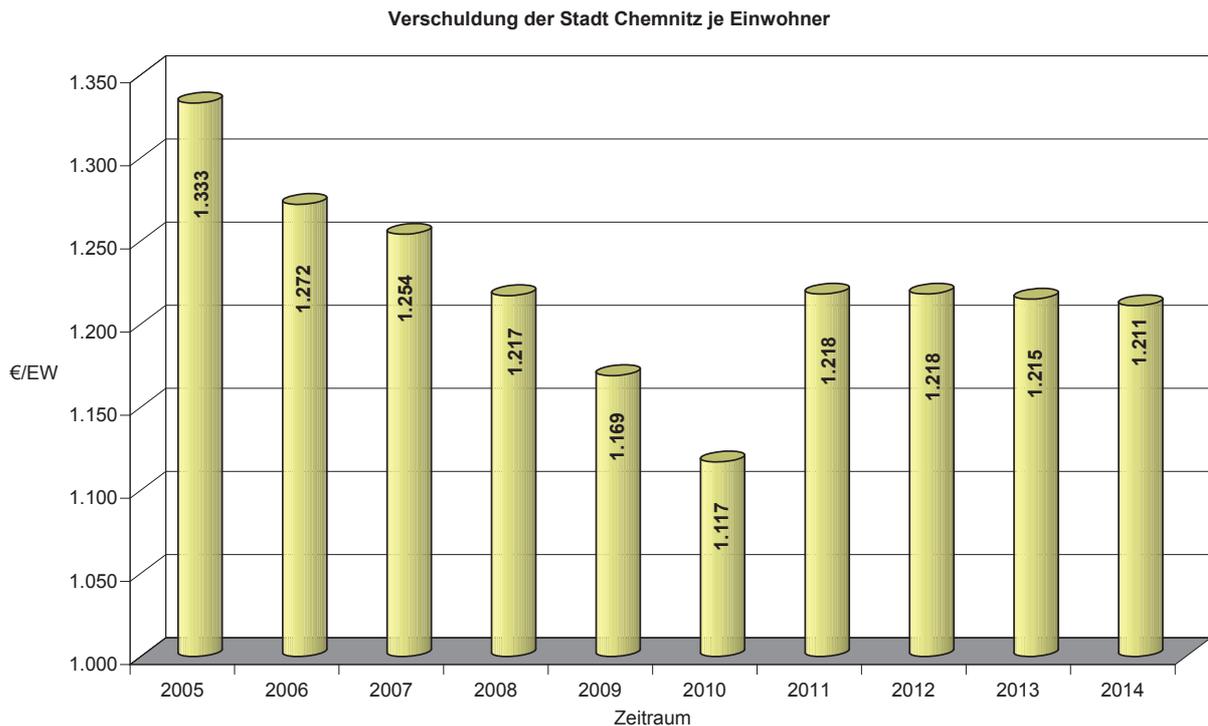
	RE 2009	Plan 2010	Plan 2011	Fi-Plan 2012	Fi-Plan 2013	Fi-Plan 2014
Grundsteuer A	137	140	163	163	163	163
Grundsteuer B	28.416	29.130	33.972	33.972	36.592	36.592
Gewerbsteuer	74.037	73.000	90.217	93.810	100.127	105.962
Gemeindeanteil Einkommensteuer	39.975	36.072	40.559	43.503	45.711	47.592
Gemeindeanteil Umsatzsteuer	14.028	14.300	14.400	14.800	15.100	15.400
Vergnügungsteuer	68	800	800	800	800	800
Hundesteuer	601	650	782	782	782	782
Zweitwohnungsteuer	241	120	100	100	100	100
Fremdenverkehrsabgabe	0	0	0	420	420	420
Spielbankabgabe	12	130	115	115	115	115
Gesamt	157.514	154.342	181.109	188.466	199.910	207.925

Die **Grundsteuer A** beinhaltet die Besteuerung von land- und forstwirtschaftlichen Flächen. Die Entwicklung des Steueraufkommens wird beeinflusst von der Hebesatzerhöhung auf 350 v. H. gemäß der Entscheidung im Rahmen des Entwicklungs- und Konsolidierungskonzeptes.

Zur Erhöhung der Steuererträge aus **Grundsteuer B** wurde ausgehend vom Entwicklungs- und Konsolidierungskonzept eine Hebesatzänderung auf 540 v. H. ab dem Jahr 2011 und auf 580 v. H. ab dem Jahr 2013 beschlossen. Dadurch erhöht sich der Ertrag 2011 gegenüber der ursprünglichen Planung um 4,5 Mio. €. Ab dem Jahr 2013 wird ein Konsolidierungsbetrag aus der Anhebung des Hebesatzes von 7,1 Mio. € prognostiziert.

Erläuterung zu den Positionen des Ergebnis- und Finanzhaushaltes

Position	Erläuterung
Erträge	
Steuern und ähnliche Abgaben nach Arten	Gemeindesteuern (Grundsteuer A und B, Gewerbesteuer, Hunde-, Vergnügungs-, Zweitwohnungssteuer) und Gemeindeanteile an Bundes- und Landessteuern (Einkommen-, Umsatzsteuer), Spielbankabgabe; Sonderlastenausgleich Hartz IV vom Land
Zuwendungen, Umlagen und aufgelöste Sonderposten	Zuwendungen des Landes für laufende Zwecke, erhaltene Umlagen, Leistungsbeteiligung des Bundes nach SGB II (an den Kosten der Unterkunft); Zuwendungen für investive Zwecke werden als passive Sonderposten in der Vermögensrechnung ausgewiesen und analog den Abschreibungen für das Vermögen über die Nutzungsdauer aufgelöst. Sie sind somit der Gegenposten zu den Abschreibungen und entlasten die Ergebnisrechnung.
sonstige Transfererträge	Ersatz von sozialen Leistungen durch Dritte an die Stadt
öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	Verwaltungs- und Benutzungsgebühren, Schülerbeförderungsentgelt, Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Beiträge
privatrechtliche Leistungsentgelte	Mieten und Pachten, Erträge aus Verkauf (z. B. von Druckerzeugnissen), sonstige privatrechtliche Erträge (z. B. Ablieferungen aus Nebentätigkeiten)
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	u. a. Erstattungen von Verwaltungskosten durch Dritte
Finanzerträge	Zinsen (z. B. aus Geldanlagen), Gewinnanteile von verbundenen Unternehmen und Beteiligungen
aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	Leistungen, die eine Kommune für die Herstellung von Vermögen selbst erbringt, zählen zu den Anschaffungs- und Herstellkosten. Zur vollständigen Bilanzierung werden diese Leistungen dem Vermögensgegenstand zugebucht und bei dem Produkt, wo z. B. der Personalaufwand anfällt, als Ertrag gebucht. Damit wird der ursprüngliche Aufwand kompensiert und statt dessen anschließend mit den Abschreibungen des Vermögens über die Nutzungsdauer aufgeteilt. Beispiele sind eigene Planungsleistungen für Investitionen
sonstige ordentliche Erträge	u. a. Konzessionsabgaben, Bußgelder, Säumniszuschläge u. ä.; Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung von Rückstellungen: Werden ursprünglich gebildete Rückstellungen der Höhe oder dem Grunde nach nicht mehr benötigt, werden sie ertragswirksam ausgebucht.
realisierbare außerordentliche Erträge	Planbare außerordentliche Erträge ergeben sich insbesondere bei bereits beschlossenen Vermögensverkäufen



Bei der Darstellung der Verschuldung je Einwohner wird unterstellt, dass die Kreditemächtigung des Jahres 2010 in voller Höhe im Jahr 2011 in Anspruch genommen wird.

5.4 Liquiditätsreserve

Die dargestellte Liquiditätsreserve basiert auf dem Stand der Kassenmittel per 31.12.2010 in Höhe von 91.526 T€. Außerdem ist noch der Bestand der investiven Rücklage Schulbaumaßnahmen in Höhe von 10.500 T€ zu berücksichtigen.

Dieser Kassenbestand ist derzeit ausreichend, um die im Haushaltsplan ausgewiesenen Kassenfehlbeträge der Jahre 2011 bis 2013 abzusichern.

Zusätzlich ist zu beachten, dass auch für aus dem Haushaltsjahr 2010 zu übertragende Ermächtigungen von Einnahmen und Ausgaben die Finanzierung zu sichern ist. Die Höhe dieser Positionen steht derzeit noch nicht fest. Für die Absicherung der investiven Auszahlungen wird voraussichtlich ein Haushaltseinnahmerest aus der Kreditemächtigung des Jahres 2010 genutzt, da die Kreditemächtigung im Jahr 2010 noch nicht in Anspruch genommen wurde.

6. Rücklagen/Rückstellungen

6.1 Rücklagen

Die Rücklage gehört im Gegensatz zu den Rückstellungen zum Eigenkapital. In der Doppik darf die bilanzielle Rücklage nicht mit der kameralen Rücklage gleichgesetzt werden. In der Kameralistik resultiert die Rücklage aus einem Soll-Abschluss und soll im Wesentlichen die Handlungsfähigkeit bei unvorhersehbarem Finanzbedarf sichern. Diese Interpretation darf nicht auf die bilanzielle Rücklage angewandt werden, die wie oben erwähnt zum Eigenkapital gehört. Die Rücklage liegt nicht ausschließlich als Bankguthaben vor.

Die Jahresrechnung 2009 weist einen Bestand der allgemeinen Rücklage der Stadt Chemnitz in Höhe von 41,2 Mio. € aus. Im Haushaltsplan 2010 ist eine Entnahme aus der allgemeinen Rückla-

Bewirtschaftungsgrundsätze

1 Wertgrenze gem. § 4 Abs. 4 SächsKomHVO-Doppik

Investitionen ab einem Gesamtumfang über 200.000 € werden in den Teilfinanzhaushalten separat dargestellt.

2 Budgetregeln

Bei der Stadt Chemnitz stimmen Produktstruktur und Organisationsstruktur nicht vollständig überein. Die Budgets sollen daher zur Strukturierung des Haushaltes nach Verantwortungsbereichen genutzt werden.

Unter dem Budget wird ein für ein Haushaltsjahr vorgegebener Ressourcen- und Finanzrahmen verstanden, der einer Organisationseinheit (Amt, selbständige Einrichtung) zur selbständigen und eigenverantwortlichen Bewirtschaftung im Rahmen der nachfolgend festgelegten Regelungen zugewiesen wird. Mit der Definition der Budgets auf Ebene der Ämter ist die Übertragung der Budgetverantwortung an die Amtsleiter verbunden. Die Amtsleiter sind somit verpflichtet, über ein regelmäßiges Controlling die Einhaltung ihres Budgets zu überwachen und die erforderlichen Zusätze an das Kämmereiamt zu leisten. Darüber hinaus besitzt der jeweilige Bürgermeister die Verantwortung für die Summe der nachgeordneten Amtsbudgets.

Darüber hinaus gibt es Sonderbudgets.

Sonderbudgets sind Budgets, die für den Gesamthaushalt eine besondere Bedeutung besitzen. Diese Bereiche stehen unter besonderer Beobachtung durch die Verwaltungsspitze und die Politik. Vielfach sind hier sensible Entscheidungen zu treffen. Die entsprechenden Buchungsstellen sind aus dem regulären Amtsbudget herausgelöst. Sonderbudgets werden für die allgemeinen Deckungsmittel (PB 61, vor allem Steuererträge und Schlüsselzuweisungen, Kredite) eingerichtet.

Das Budget wird jeweils für ein Haushaltsjahr festgelegt. Die Möglichkeit der Übertragbarkeit bleibt hiervon unberührt.

Das Budget ist maßgeblich für die Planung und Steuerung des Amtes und im Vergleich zu den Deckungskreisen die übergeordnete Einheit.

Budgetüberschreitungen

Der Zuschussbedarf bzw. Überschuss ist die relevante Größe zur Messung der Budgeteinhaltung.

Der Budgetverantwortliche hat grundsätzlich die Einhaltung des Budgets zu sichern. Innerhalb der eingerichteten Deckungskreise ist der Ausgleich von Mindererträgen und Mehraufwendungen zu gewährleisten.

Sofern der Ausgleich eines Budgets nicht möglich ist, muss ein Ausgleich mit über- bzw. außerplanmäßigen Mittelbereitstellungen vorrangig innerhalb des Dezernates geprüft werden. Entsprechende Anträge auf außer- bzw. überplanmäßige Mittelbereitstellung sind im Kämmereiamt einzureichen.

Ist ein Ausgleich auch innerhalb des übergeordneten Budgets nicht möglich, sind Festlegungen zur Auswirkung auf das Budget im Folgejahr bzw. für den Finanzplanzeitraum im Einzelfall durch den Stadtkämmerer unter Berücksichtigung der Gründe für die Budgetüberschreitung zu treffen.

Nr.	Typ	Bezeichnung	Prüfung
0001	1.echte gegenseitige Deckung	Personalkosten	im gesamten Deckungskreis
0002	2.echte einseitige Deckung	Haltung von Fahrzeugen Versicherungen	im gesamten Deckungskreis
0003	2.echte einseitige Deckung	Gebäudeversicherung	im gesamten Deckungskreis
0004	2.echte einseitige Deckung	arbeitsmedizinischer Dienst	im gesamten Deckungskreis
0006	2.echte einseitige Deckung	Portogebühren	im gesamten Deckungskreis
0007	2.echte einseitige Deckung	Fernmeldegebühren	im gesamten Deckungskreis
0008	2.echte einseitige Deckung	Haltung Fahrzeuge	im gesamten Deckungskreis
0009	2.echte einseitige Deckung	Dienstreisen	im gesamten Deckungskreis
0010	1.echte gegenseitige Deckung	Städtebau/Wohnungsbauförderung Sachkosten	im gesamten Deckungskreis
0011	1.echte gegenseitige Deckung	Jugendhilfe	im gesamten Deckungskreis
0012	1.echte gegenseitige Deckung	Baukoordination Büromaterial	im gesamten Deckungskreis
0014	1.echte gegenseitige Deckung	Baukoordination Aufwendungen für Geräte, Ausstattungen und Ausrüstungsgegenstände	im gesamten Deckungskreis
0015	1.echte gegenseitige Deckung	Sachsenhalle, Sachkosten	im gesamten Deckungskreis
0016	1.echte gegenseitige Deckung	Leichtathletik-Mehrzweck-Halle Sachkosten	im gesamten Deckungskreis
0017	1.echte gegenseitige Deckung	Sporthalle Am Schloßteich Sachkosten	im gesamten Deckungskreis
0018	1.echte gegenseitige Deckung	Sportforum, Sachkosten	im gesamten Deckungskreis
0019	1.echte gegenseitige Deckung	Richard-Hartmann-Halle Sachkosten	im gesamten Deckungskreis
0020	1.echte gegenseitige Deckung	Massen- und Freizeitsportanlagen Sachkosten	im gesamten Deckungskreis
0021	1.echte gegenseitige Deckung	Stadtbad, Sachkosten	im gesamten Deckungskreis
0022	1.echte gegenseitige Deckung	Schwimmhalle Bernsdorf, Sachkosten	im gesamten Deckungskreis
0023	1.echte gegenseitige Deckung	Schwimmhalle Gablenz, Sachkosten	im gesamten Deckungskreis
0024	1.echte gegenseitige Deckung	Schwimmhalle Am Südring, Sachkosten	im gesamten Deckungskreis
0025	1.echte gegenseitige Deckung	Freibad Bernsdorf, Sachkosten	im gesamten Deckungskreis
0026	1.echte gegenseitige Deckung	Freibad Erfenschlag, Sachkosten	im gesamten Deckungskreis
0027	1.echte gegenseitige Deckung	Freibad Gablenz, Sachkosten	im gesamten Deckungskreis
0028	1.echte gegenseitige Deckung	Baukoordination Fortbildung	im gesamten Deckungskreis
0029	1.echte gegenseitige Deckung	Freibad Einsiedel, Sachkosten	im gesamten Deckungskreis
0030	1.echte gegenseitige Deckung	Freibad Wittgensdorf, Sachkosten	im gesamten Deckungskreis
0031	1.echte gegenseitige Deckung	Amt 52 Querschnitt, Sachkosten	im gesamten Deckungskreis
0032	1.echte gegenseitige Deckung	BgA freie Vermietung	im gesamten Deckungskreis
0033	1.echte gegenseitige Deckung	sportbezogene Vermietung	im gesamten Deckungskreis
0034	1.echte gegenseitige Deckung	Förderung von Vereinen und Verbänden Zuschüsse	im gesamten Deckungskreis
0035	1.echte gegenseitige Deckung	Sportamt, Fortbildung	im gesamten Deckungskreis
0036	1.echte gegenseitige Deckung	Baukoordination Sachverständigen-, Gerichtskosten	im gesamten Deckungskreis
0037	1.echte gegenseitige Deckung	Unterhaltsvorschuss, Sachkosten	im gesamten Deckungskreis
0038	2.echte einseitige Deckung	Umweltamt Sachkosten	im gesamten Deckungskreis
0039	1.echte gegenseitige Deckung	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen, Sachkosten	im gesamten Deckungskreis
0040	1.echte gegenseitige Deckung	Hochbauamt Sachkosten	im gesamten Deckungskreis
0041	1.echte gegenseitige Deckung	Bauordnung Sachkosten	im gesamten Deckungskreis
0042	1.echte gegenseitige Deckung	Denkmalschutz und Denkmalpflege Sachkosten	im gesamten Deckungskreis
0043	1.echte gegenseitige Deckung	Baugenehmigungsamt Büromaterial	im gesamten Deckungskreis
0044	1.echte gegenseitige Deckung	Baugenehmigungsamt Fortbildung	im gesamten Deckungskreis
0045	1.echte gegenseitige Deckung	Stadtplanungsamt Sachkosten	im gesamten Deckungskreis
0046	1.echte gegenseitige Deckung	Umweltzentrum Sachkosten	im gesamten Deckungskreis
0047	1.echte gegenseitige Deckung	Umweltamt Aufwendungen für Geräte, Ausstattungen und Ausrüstungen	im gesamten Deckungskreis
0048	1.echte gegenseitige Deckung	Stadtplanungsamt Aufwendungen für Geräte, Ausstattungen und Ausrüstungsgegenstände	im gesamten Deckungskreis
0049	1.echte gegenseitige Deckung	Baugenehmigungsamt Aufwendungen für Geräte, Ausstattungen und Ausrüstung	im gesamten Deckungskreis
0050	1.echte gegenseitige Deckung	Hochbauamt Aufwendungen für Geräte, Ausstattungen und Ausrüstung	im gesamten Deckungskreis
0051	1.echte gegenseitige Deckung	Zuweisungen und Zuschüsse an freie Träger	im gesamten Deckungskreis
0052	1.echte gegenseitige Deckung	Förderung von Kindern in Tagespflege, Sachkosten	im gesamten Deckungskreis
0053	1.echte gegenseitige Deckung	außerschulische Jugendbildung, Sachkosten	im gesamten Deckungskreis

Ö 16.3

Übersicht zu ausgewählten Kennzahlen für die Stadt Chemnitz

Kennzahl	Berechnung	Analyse	Orientierung	Wert Stadt Chemnitz 2011
Steuerquote	$\frac{\text{Netto-Steuererträge} * 100}{\text{ordentliche Erträge}}$	Maßstab für die Steuerkraft; Analyse auch in der Zeitreihe	Anteil sollte hoch sein	32,21 %
Zuwendungsquote	$\frac{\text{Erträge aus Zuwendungen} * 100}{\text{ordentliche Erträge}}$	Maßstab, inwieweit die Gemeinde von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist		42,08 %
Zinslast-Quote	$\frac{\text{Zinsaufwendungen} * 100}{\text{ordentliche Aufwendungen}}$	Maßstab für effektive Belastung der gesamten Aufwendungen aus Finanzierungsaufwendungen	Wert sollte möglichst niedrig sein	2,24 %
Personal-aufwands-quote	$\frac{\text{Personalaufwendungen} * 100}{\text{ordentliche Aufwendungen}}$	Anteil der Personalaufwendungen (ohne Versorgungsaufwendungen) an der Summe der Aufwendungen	Vergleich nach Größenklassen und Gebietskörperschaftsebenen	30,50 %
Cash Flow aus laufender Verwaltungstätigkeit	Saldo aus Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Wesentliche Kennzahl für die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen, denn nur positiver Cash Flow erlaubt eine zumindest teilweise Eigenfinanzierung von Investitionen	längerfristig müsste der Cash Flow positiv und in der Tendenz steigend sein	-5.444.304 €

Produktinformationen	
Produktbereich	54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
Produktgruppe	541 Gemeindestraßen
Produktuntergruppe	54110 Gemeindestraßen

Haushaltsplan: 2011

Teilergebnishaushalt

Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2009	Ansatz 2010 (lfd. Haus- haltsjahr)	Ansatz 2011 (Planjahr)	2012	2013	2014
		TEUR					
		1	2	3	4	5	6
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	+ Zuweisungen u. Zuwendungen, Umlagen u. aufgelöste Sonderposten	3.057,1	3.054,4	3.108,3	3.206,1	3.219,6	3.219,6
	darunter: Umlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	aufgelöste Sonderposten	0,0	0,0	44,7	142,5	156,0	156,0
	+ Sonstige Transfererträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte *	460,4	449,5	431,5	431,5	431,5	431,5
	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	29,5	0,0	15,2	15,2	15,2	15,2
	+ Finanzerträge (Zinsen, Erträge aus Beteiligungen und ähnliche Erträge)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	+/- Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	2,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	+ sonstige ordentliche Erträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2	= anteilige ordentliche Erträge	3.549,1	3.503,9	3.554,9	3.652,7	3.666,3	3.666,3
3	Personalaufwendungen	94,0	99,3	2.039,5	2.172,8	2.153,5	2.198,3
	+ Versorgungsaufwendungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen *	11.195,1	12.042,3	11.639,3	10.802,4	10.192,5	10.517,6
	+ planmäßige Abschreibungen	0,0	0,0	15.237,5	15.371,0	14.921,1	14.940,4
	+ Zinsen und ähnliche Aufwendungen	207,5	51,0	51,0	51,0	51,0	51,0
	+ Transferaufwendungen wie Abschreibungen auf Investitionsfördermaßnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	+ sonstige ordentliche Aufwendungen *	3.825,6	3.998,6	4.925,4	4.457,6	4.281,9	3.713,1
4	= anteilige ordentliche Aufwendungen	15.322,2	16.191,1	33.892,7	32.854,9	31.599,9	31.420,4
5	anteilige Abdeckungen von Fehlbeträgen aus Vorjahren	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
6	= anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis (veranschlagter Aufwands-/ Ertragsüberschuss, Nr.2 - Nr.4 + Nr.5)	-11.773,1	-12.687,2	-30.337,8	-29.202,1	-27.933,7	-27.754,1
7	+ Erträge aus interner Leistungsverrechnung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
8	- Aufwendungen für interne Leistungsverrechnung	1.670,7	1.880,7	675,0	651,5	659,2	680,9
9	+ kalkulatorische Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10	kalkulatorischer Vortrag eines Fehlbetrages aus dem Vorjahr	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
11	= veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis (Nr.7 ./ Nr.8 + Nr.9 + Nr.10)	-1.670,7	-1.880,7	-675,0	-651,5	-659,2	-680,9
12	= veranschlagter Nettoressourcenbedarf /-überschuss (Nr.6 + Nr.11)	-13.443,7	-14.567,9	-31.012,8	-29.853,6	-28.592,9	-28.435,0

Erläuterungen zu + Privatrechtliche Leistungsentgelte

5411000 3411120 Erträge aus Vermietung und Verpachtung 0% MwSt. Werbeeinnahmen
Eine rückläufige Entwicklung bei der Vermarktung der Werbeflächen führt zur Minderung der Erträge gegenüber dem Vorjahr. Die Planung erfolgte auf Basis des Ist-Wertes des Jahres 2009.

Produktinformationen	
Produktbereich	54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
Produktgruppe	541 Gemeindestraßen
Produktuntergruppe	54110 Gemeindestraßen

Teilfinanzhaushalt – B. Investitionsprogramm – Planung einzelner Investitionsvorhaben

Investitionsmaßnahmen	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	VE	auf das Haushaltsjahr folgende Jahr(e)				Bisher bereit gestellt	Gesamt-ein-/Gesamt auszahlungen
	2009	2010	2011	2011	2012	2013	2014	2015	2011	2011
	TEUR									
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
5411000942003 Stadtbau SEP, Gemein- destr. Vorplatz Kaufhaus Schocken *										
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0,0	0,0	175,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	175,0
Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0,0	0,0	175,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	175,0
Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,0	0,0	460,0	512,0	520,0	0,0	0,0	0,0	0,0	980,0
Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	0,0	0,0	460,0	512,0	520,0	0,0	0,0	0,0	0,0	980,0
Saldo (Summe der investiven Einzahlungen ./. Summe der investiven Auszahlungen)	0,0	0,0	-285,0	-512,0	-520,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-805,0
5411000222004 Chemnitztalradweg Bauab- schnitt 3.2 *										
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0,0	0,0	0,0	0,0	180,0	0,0	0,0	0,0	0,0	180,0
Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,0	180,0	0,0	0,0	0,0	0,0	180,0
Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	300,0	0,0	0,0	0,0	0,0	300,0
Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,0	300,0	0,0	0,0	0,0	0,0	300,0
Saldo (Summe der investiven Einzahlungen ./. Summe der investiven Auszahlungen)	0,0	0,0	0,0	0,0	-120,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-120,0
5411000222007 Südverbund Teil II *										
Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,0	0,0	8,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	8,0
Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	0,0	0,0	8,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	8,0
Saldo (Summe der investiven Einzahlungen ./. Summe der investiven Auszahlungen)	0,0	0,0	-8,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-8,0
5411000222012 Erweiterung Fußgängertun- nel Hauptbahnhof *										
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1.600,0	0,0	0,0	1.600,0
Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1.600,0	0,0	0,0	1.600,0
Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,0	0,0	155,0	0,0	150,0	75,0	2.200,0	0,0	0,0	2.580,0
Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	0,0	0,0	155,0	0,0	150,0	75,0	2.200,0	0,0	0,0	2.580,0
Saldo (Summe der investiven Einzahlungen ./. Summe der investiven Auszahlungen)	0,0	0,0	-155,0	0,0	-150,0	-75,0	-600,0	0,0	0,0	-980,0
5411000252003 Kommunale Sonderrech- nung, Zuschuss SWC AG, Gemein- destr. *										
Auszahlungen für Investitionsförderungsmaß- nahmen	0,0	0,0	1.440,1	0,0	1.497,6	1.557,5	1.619,8	0,0	0,0	6.115,0
Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	0,0	0,0	1.440,1	0,0	1.497,6	1.557,5	1.619,8	0,0	0,0	6.115,0
Saldo (Summe der investiven Einzahlungen ./. Summe der investiven Auszahlungen)	0,0	0,0	-1.440,1	0,0	-1.497,6	-1.557,5	-1.619,8	0,0	0,0	-6.115,0
5411000322004 Brücke Hartmannstraße über die Chemnitz *										
Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,0	0,0	388,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	388,0
Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	0,0	0,0	388,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	388,0

Produktinformationen	
Produktbereich	54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
Produktgruppe	541 Gemeindestraßen
Produktuntergruppe	54110 Gemeindestraßen

Investitionsmaßnahmen	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	VE	auf das Haushaltsjahr folgende Jahr(e)				Bisher bereit gestellt	Gesamt-ein-/Gesamt auszahlungen
	2009	2010	2011	2011	2012	2013	2014	2015	2011	2011
	TEUR									
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	0,0	0,0	200,0	0,0	0,0	0,0	250,0	0,0	0,0	450,0
Saldo (Summe der investiven Einzahlungen ./. Summe der investiven Auszahlungen)	0,0	0,0	-200,0	0,0	0,0	0,0	-250,0	0,0	0,0	-450,0
aus Vorjahren fortgeltende Verpflichtungsermächtigungen für die Maßnahme					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
vorgesehene fortgeltende Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltjahres für die Maßnahme					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe der Verpflichtungsermächtigungen für die Maßnahme					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
davon voraussichtlich kreditfinanziert					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

5411000222004 Chemnitztalradweg Bauabschnitt 3.2 *

Mit den Landkreisen gibt es eine Vereinbarung zur Anbindung des Chemnitztalradweges an die alte Bahnstrecke. Die ersten Abschnitte auf städtischer Flur wurden in den Vorjahren realisiert. Der letzte Abschnitt soll im Jahr 2011 begonnen werden. Es ist beabsichtigt einen Zuwendungsantrag entsprechend der Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr für die Förderung von Straßen- und Brückenbauvorhaben kommunaler Baulastträger (RL-KStB) mit einer Förderquote von 75 % zu stellen. Zum vollständigen Eingehen von Verpflichtungen bereits im Jahr 2011 ist eine VE in Höhe des Ansatzes 2012 veranschlagt.

5411000222007 Südverbund Teil II *

Der Neubau des Südverbundes Teil II ist abgeschlossen. Aus einer VOF-Ausschreibung wurde die stufenweise Beauftragung der Leistungsphase 9 (Objektüberwachung) entsprechend der HOAI vereinbart, deren Restbetrag im Jahr 2011 fällig wird.

5411000222012 Erweiterung Fußgängertunnel Hauptbahnhof *

Mit dem Umbau des Hauptbahnhofes soll die Zuwegung zur Dresdner Straße neu geordnet werden. Bisher wurde der Fußgängertunnel dazu genutzt. Mit der Neugestaltung des Bahnhofes soll diese Verbindung verlegt werden. Die Umsetzung der Baumaßnahme ist ab dem Jahr 2014 vorgesehen.

5411000252003 Kommunale Sonderrechnung, Zuschuss SWC AG, Gemeinestr. *

Mit der Übertragung des Anlagevermögens der Straßenbeleuchtung an die SWC AG wurde ein Betreibervertrag abgeschlossen, der im Jahr 2005 um einen Investitionszuschuss ergänzt wurde. Die vertragliche Regelung sieht eine jährliche Steigerung um 4 % vor.

5411000322004 Brücke Hartmannstraße über die Chemnitz *

Mit dem Ersatzneubau der Brücke Hartmannstraße wurde im Jahr 2009 begonnen. Als Vorleistung wurde über die Maßnahme die Sanierung der Bierbrücke als Umleitungsstrecke finanziert. Für die Maßnahme wurden Zuwendungen im Rahmen des Entflechtungsgesetzes für den kommunalen Straßen- und Brückenbau bewilligt. Die Gesamtkostenerhöhung zum Bauausführungsbeschluss ergibt sich aus dem erforderlichen Abriss des Gebäudes Hartmannstraße 16 und den Kosten aus dem Baustop im Jahr 2010.

5411000322007 Brücke Falkeplatz BW 03.10 *

Die Brücke Falkeplatz (BW 03.10) befindet sich in einem schlechten Zustand. Die Priorität des Baus ergibt sich aus der Zustandsnote und der Verkehrsbedeutung. Die Umsetzung der Maßnahme ist für das Jahr 2014 vorgesehen.

5411000322009 Brücke über Pleißenbach und DB AG BW 14.08 *

Der Ersatzneubau der Brücke über den Pleißenbach (BW-Nr. 14.08) ergibt sich aus dem Bauzustand sowie der Prioritätenliste des Amtes 66 und soll im Jahr 2014 realisiert werden.

5411000332004 Brücke Markersdorfer Straße über die Gleise der CVAG *

Der Ersatzneubau der Brücke Markersdorfer Straße über die Straßenbahn ergibt sich aus dem Bauzustand und der Prioritätenliste des Amtes 66. Erste planungs vorbereitende Leistungen wurden im Jahr 2009 vergeben. Die Maßnahme soll im Jahr 2014 realisiert werden.

5411000332005 Brücke Pleißenbachstraße *

Der Bau der Brücke Pleißenbachstraße (Bauwerk 14.10) wurde im Jahr 2010 begonnen. Die Mittel sind lediglich für die Finanzierung der Schlussrechnung geplant.

5411000422004 Eibenberger Straße 1. BA *

Im Rahmen des Abwasserbeseitigungskonzeptes wurden mit dem ESC Vorabstimmungen zu den koordiniert zu realisierenden Maßnahmen geführt. Der ESC beabsichtigt beginnend ab 2011 in der Eibenberger Straße den Abwasserkanal zu verlegen. Für die Beteiligung der Stadt Chemnitz sind im Jahr 2014 Mittel eingeplant.

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 29.11.2011
Antragsnr.: 145/2011
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: II/20/Hr. Knitl
mit Referat:

erlanger linke

Erlanger Linke Rathausplatz 1
 91052 Erlangen

Herrn
 Oberbürgermeister
 Dr. Siegfried Balleis
 Rathausplatz 1
 91052 Erlangen

Fraktion Erlanger Linke

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
 Zimmer 127

Büro: Montags 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr
 Und nach Vereinbarung

tel 09131/86-1789
 fax 09131/86-1791
 e-mail: erlanger-linke@stadt.erlangen.de
<http://www.erlanger-linke-stadtrat.de/>

Erlangen, den 14. November 2011

Antrag zum Haushalt

Antrag: „Lesbarer Haushaltsplan“.

Sehr geehrter Herr Dr. Balleis,

hiermit beantragen wir die Erstellung eines lesbaren beziehungsweise
 allgemeinverständlichen Haushaltsplanes für/ab Haushalt 2012.

Der "Lesbare Haushalt" als Teil der Information befasst sich mit der Einführung in den
 Haushaltsaufstellungsprozess, dem Haushalts-ABC und der Darstellung ausgewählter
 Einzelpläne und/oder Produkte. Er enthält z.B. die Darstellung aller Positionen des
 Haushaltsplans oder Gruppierung und Gliederung der Haushaltsplan-Positionen in sinnvolle
 thematische Einheiten. Es sind parallel mehrere verschiedene
 Gliederungen möglich. Durch zusätzliche Erläuterungen zu den Einzelpositionen und
 Vergleichswerte zu den Vorjahren wird ein einfacher Einblick in die Haushaltsplanung
 vermittelt.

Es gibt in Moers, Gießen, Chemnitz, Köln und vielen anderen Städten
 und Landkreisen positive Beispiele dazu. Siehe z.B.:
http://www.chemnitz.de/chemnitz/de/buerger_und_rathaus/rathaus/haushalt/haushalt_buerger_haushalt.asp

Begründung: erfolgt mündlich

Mit freundlichen Grüßen

Eckart Wangerin
 Stadtrat

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
VI/61/610.3/T. 1360

Verantwortliche/r:
SG Stadterneuerung

Vorlagennummer:
610.3/032/2012

SPD-Fraktionsantrag 167/2011 vom 29.11.2011 - Toiletten in der Innenstadt

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	17.01.2012	Ö	Gutachten	
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	18.01.2012	Ö	Gutachten	
Stadtrat	16.02.2012	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

51-Behi, GME,

I. Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, öffentliche Toiletten in ausreichender Zahl und Qualität zur Verfügung zu stellen und die vorhandenen Standorte durch geeignete Maßnahmen zu kommunizieren. Der Fraktionsantrag zum HH 2012 167/2011 ist damit abschließend behandelt.

II. Begründung

Auf die Beschlussvorlage „Toilettenbedarf in der Gesundheitsstadt Erlangen“ vom 24.07.2007 wird verwiesen (siehe Anlage 1).

Damals wurde beschlossen, bestehende Toilettenanlagen und deren Beschilderung zu verbessern, anstatt die Anzahl zu erhöhen.

Die Übersichtskarte „Erlangen-Barrierefrei“ (Stand Januar 2007) zeigt in der Innenstadt 28 Behindertentoiletten (siehe Anlage 2). Mittlerweile sind einige Standorte hinzugekommen (z.B. Arcaden, Palais Stutterheim). Die Verwaltung schlägt vor, eine Neuauflage zu erstellen. Die erforderlichen Mittel hierfür sind bereitzustellen.

Die Beschilderung der bestehenden WC-Anlagen wurde verbessert. Dennoch besteht häufig Unkenntnis über die Standorte (z.B. WC-Anlage zwischen der Güterhallenstraße und der Südlichen Stadtmauerstraße (Haltstelle Arcaden). Hier sollte die Beschilderung noch nachgebessert werden.

Die Verwaltung ist parallel bemüht, in der Nähe von Markt- und Schlossplatz eine zusätzliche öffentliche Toilette unterzubringen. So wurde und wird versucht beim Verkauf von städtischen Gebäuden auf die Möglichkeit der Unterbringung einer öffentlichen Toilettenanlage hinzuwirken.

Die von der SPD-Fraktion veranschlagten Mittel in Höhe von 35.000 € pro Jahr pro Toilettenanlage reichen bei weitem nicht aus. Für den Neubau einer Anlage ist mit rund 100.000 € zu rechnen. Hinzu kommen Unterhalts, Reinigungs- und Schließdienstkosten. Die Verwaltung schlägt vor, 100.000 € in den Haushalt einzustellen für den Fall, dass ein geeigneter Standort im Umfeld Schloss-Marktplatz gefunden wird (Pinsl-Haus, Helmstraße 1, Landratsamt etc.).

Außerdem wurde mehrmals vergeblich versucht das Projekt „Nette Toilette“ in Erlangen zu etablieren. Die Verwaltung schlägt vor, mit dem voraussichtlich ab Sommer 2012 beauftragten

Innenstadtmanagement „Aktive Zentren“ einen neuen Vorstoß in diese Richtung zu unternehmen.

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Anlagen: Anlage 1: Beschlussvorlage „Toilettenbedarf in der Gesundheitsstadt Erlangen“ vom 24.07.2007
Anlage 2: Stadtplan Erlangen-Barrierfrei
Anlage 3: SPD Fraktionsantrag Nr. 167/2011 vom 29.11.2011

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Referat	Amt	Bearbeitet von:	Tel. Nr.:
VI	24/242.1	Herr Lauterbach	09131/86- 2325
VI	61/610.3	Frau Monat	09131/86- 1329

Toilettenbedarf in der Gesundheitsstadt Erlangen,- Fraktionsantrag gemäß §28 GeschO 022/2007 der SPD- Fraktion vom 23.1.2007 und Protokollvermerk aus dem StR vom 26.4.2007

Beratungsfolge	Termin	öff.	nöff.	Vorlagenart	Abstimmungsergebnis		
					einstimmig	für	gegen
UVPA	24.7.07	X		Beschluss		13	0

Beteiligungsverfahren
Amt 61, Amt 31, Citymanagement

I.

Der Beschluss/ das Gutachten umfasst alle 4 Zielfelder!	Der Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss beschließt: Der Fraktionsantrag Nr. 022/2007, Toilettenbedarf in der Gesundheitsstadt Erlangen, der SPD- Fraktion vom 23.1.07 und die Fragen des Herrn StR Schulz im Protokollvermerk aus dem StR vom 26.4.07 sind damit abschließend behandelt.
Was soll erreicht werden? Ergebnis Wirkungen	Die Stadt Erlangen stellt funktionelle öffentliche Toilettenanlagen in ausreichender Zahl zur Verfügung <u>Siehe Protokollvermerk</u>
Was soll getan werden? Programme Produkte Leistungen	Die vorhandenen Anlagen werden verbessert: Anlage Nr.7 Theaterplatz: Umbau für den ganzjährigen Betrieb 2008 Anlagen Nr.9 Parkhaus Großparkplatz und Nr.10 Schlossgarten: Verstärkung der sozialen Kontrolle Anlage Nr.Privat1 Parkhaus Fuchsenwiese: Nochmalige Anfrage an den Betreiber durch OBM, mit dem Ziel der durchgehenden Öffnung Aufstellen von zwei transportablen Toilettenkabinen im Naherholungsbereich Regnitzgrund
Wie soll es getan werden? Prozesse Strukturen	Anlage Nr.7 Theaterplatz: Umbau durch Amt 24 Anlagen Nr.9 Parkhaus Großparkplatz und Nr.10 Schlossgarten: Hier wurde noch keine Lösung gefunden Anlage Nr.Privat1 Parkhaus Fuchsenwiese: Nochmalige Anfrage an den Betreiber durch OBM Aufstellen von zwei transportablen Toilettenkabinen im Naherholungsbereich Regnitzgrund durch Amt 24
Welcher Aufwand ist erforderlich? Ressourcen Kosten	Investitionsaufwand: Anlage Nr.7 Theaterplatz: 20.000€ Sachkosten: Personalkosten (brutto): Folgekosten: Toilettenkabinen im Naherholungsbereich Regnitzgrund: Miete, Reinigung: ca. 8.000€ jährlich Haushaltsmittel sind auf HHSt. 7003.5000 vorhanden (Anlage Nr.7 Theaterplatz, Toilettenkabinen im Naherholungsbereich Regnitzgrund). Einsatz sonstiger Ressourcen:

II.

Beschlusskontrolle		
Datum	Ausschuss	Umsetzung
16.10.07	UVPA	der beschriebenen Maßnahmen

UVPA Vorsitzende/-r:	Berichterstatter/-in:
Gez. Dr. Balleis	Gez. Bruse

III. Ausgangslage / Anlass / Sachbericht:

Zu Punkt 1 des Fraktionsantrages – Standorte, Sicherheit und Sauberkeit der Toiletten

Beitrag Amt 24

An folgenden Standorten sind öffentliche, städtische Toilettenanlagen vorhanden:

Anlage 2 -Lageplan WC-Anlagen

Anlage 6 -Fotos

Nr.	Komplex	Liegenschaft	Adresse	WC Art	Nutzung
1	35	Öffentl. Bedürfnisanstalt (gegenüber Altst. Schießhaus)	Bergstr. 25	WC	zur Bergkirchweih geöffnet
1a	35	Öffentl. Bedürfnisanstalt (gegenüber Altst. Schießhaus)	Bergstr. 25	Behinderten WC	nur mit Behinderten-toilettenschlüssel zu öffnen
2		Böttiger Steige (nähe Entlaskeller)	Böttiger Steige	Pissoir	zur Bergkirchweih geöffnet
3	195	Öffentl. Bedürfnisanstalt (Bergtoilette Erichkeller)	Pfaffweg o.N.	Pissoir	zur Bergkirchweih geöffnet
4	201	Öffentl. Bedürfnisanstalt (über Steinbachkeller)	An den Kellern o.N.	Pissoir	zur Bergkirchweih geöffnet
5	201	Öffentl. Bedürfnisanstalt (Berg geg. Bäregarten)	An den Kellern 48	WC	zur Bergkirchweih geöffnet
6	79	Öffentl. Bedürfnisanstalt auf Grünanlage	Essenbacher Str. o.N.	Pissoir	geöffnet
7	257	Öffentl. Bedürfnisanstalt auf Spielplatz	Theaterplatz 26a	WC	saisonal geöffnet
8		Behinderten WC im Durchgang Redoutensaal	Theater/Wasserturmstr.	Behinderten WC	nur mit Behinderten-toilettenschlüssel zu öffnen
9		Westparkplatz (Parkhaus)		WC	geöffnet
10	109	Öffentl. Bedürfnisanstalt (im Schlossgarten)	Halbmondstr.6	WC	geöffnet
11	39	Öffentl. Bedürfnisanstalt bei Spielplatz	Bohlenplatz 16	WC	geöffnet
11a	39	Öffentl. Bedürfnisanstalt bei Spielplatz	Bohlenplatz 16	Behinderten WC	nur mit Behinderten-toilettenschlüssel zu öffnen
12	148	Öffentl. Bedürfnisanstalt beim Ehem. Zollbahnhof	Luitpoldstr. 31a	WC	geöffnet

13	88	Öffentl. Bedürfnisanstalt (Hauptpost)	Güterhallenstr.	WC	geöffnet
13 a	88	Öffentl. Bedürfnisanstalt (Hauptpost)	Güterhallenstr.	Behinderten WC	nur mit Behinder- ten- toilettenschlüssel zu öffnen
14	173	Öffentl. Bedürfnisanstalt (Durchgang Cinestar)	Nägelsbachstr. 12	WC	geöffnet
14 a	173	Öffentl. Bedürfnisanstalt (Durchgang Cinestar)	Nägelsbachstr. 12	Behinderten WC	nur mit Behinder- ten- toilettenschlüssel zu öffnen
15	261	Öffentl. Bedürfnisanstalt (Theodor- Heuss-Anlage)	Stettiner Str.1a	WC	geöffnet

Sämtliche Toilettenanlagen wurden in den letzten fünf Jahren saniert. Dabei wurden bei der Anlage am Zollhaus nur die notwendigsten Arbeiten durchgeführt, da sie im Zuge der Platzneugestaltung im Rahmen der Städtebauförderung neu erstellt werden soll. Ein ständiges Problem ist die Verunreinigung durch Schmierereien, die laufend kostenträchtig beseitigt werden.

Die Anlagen am Bohlenplatz und an der Güterhallenstraße wurden komplett neu errichtet.

2007 wurden zusätzlich 15 Schilder aufgestellt, die auf die Standorte der öffentlichen WC- Anlagen hinweisen.

Anlage 3 -Lageplan Schilderbäume

Die Bauunterhalts-, Sanierungs- und Reinigungskosten sind nachstehender Tabelle zu entnehmen:

	Neubau	Reinigung mit Schließdienst (für alle öffentliche WC-Anlagen)	Bauunterhalt mit Sanierung (für alle öffentliche WC-Anlagen)	Gesamt
2002	WC Neubau Güterhallenstr. 105.000,00 €		47.000,00 €	152.000,00 €
2003		25.000,00 €	40.000,00 €	65.000,00 €
2004	WC Neubau Bohlenplatz 89.000,00 €	25.500,00 €	42.000,00 €	156.500,00 €
2005		27.000,00 €	60.000,00 €	87.000,00 €
2006		27.000,00 €	25.000,00 €	52.000,00 €
			Gesamtkosten 2002 - 2006 :	512.500,00 €

Beitrag Amt 61

Im weiteren wurde die Situation in der Erlanger Innenstadt besonders untersucht.

Derzeitige Situation der Toilettenanlagen in der Erlanger Innenstadt

Von Besucherinnen und Besuchern der Erlanger Innenstadt werden immer wieder Beschwerden an die Stadtverwaltung und das City-Management herangetragen, die das Fehlen von Toiletten zum Thema haben. Auch beim Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung gingen Anregungen und Wünsche ein, zwischen Martin-Luther-Platz und Hugenottenplatz weitere öffentliche Toiletten einzurichten.

Häufig geht es bei den Beschwerden um die Thematik, dass die Benutzung der vorhandenen öffentlichen Toilettenanlagen unzumutbar sei, weil bestimmte Randgruppen die Besucher verunsichern und damit auf die Benutzung verzichtet wird. Problematisch ist zum Teil auch die schlechte Zugänglichkeit für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger bzw. deren Unkenntnis von vorhandenen, betagengerechten Toilettenanlagen .

Im Bereich des Erlanger Stadtgebietes wurden in den letzten Jahren verschiedene Toilettenanlagen aufgrund des erheblich hohen Sanierungsaufwandes geschlossen (Friedrich- List- Str., Östliche Stadtmauer- Str., Strümpellstr.).

Mit den beiden neuen Anlagen an der Umsteigeanlage der Haltestelle Hauptpost (errichtet 1998) und am Spielplatz Bohlenplatz (errichtet 2005) werden in der Innenstadt sieben öffentliche Toilettenanlagen betrieben. Zusätzlich besteht für die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit die Toilettenanlagen in öffentlichen Gebäude zu benutzen.

Bewertung der öffentlichen Toilettenanlagen der Erlanger Innenstadt

Vom Amt für Stadtentwicklung- und Stadtplanung wurden bereits im vergangenen Jahr sämtliche Standorte öffentlicher Toilettenanlagen in der Innenstadt in Augenschein genommen und auf Ihren Eindruck bezüglich Zugänglichkeit und Sauberkeit hin überprüft und bewertet.

Bei der nachfolgenden Beschreibung und Bewertung der einzelnen Standorte der innerstädtischen Toilettenanlagen wurde als zentraler Bezugspunkt der Markt- Schlossplatz zugrundegelegt.

Anlage 4 - Tabelle Bestandaufnahme und Bewertung Innenstadt

Theaterplatz (7)

Im Nahbereich des Martin-Luther-Platzes (Entfernung 400m) befinden sich zwei öffentliche WC's. Beide sind nur zu bestimmten Zeiten und/oder nur für bestimmte Gruppen zugänglich. So befindet sich die Toilette am Theaterplatz im Spielplatzbereich und ist infolge dessen nur im Sommer geöffnet. Das zweite WC, das sich im Durchgang Redoutensaal befindet, ist gezielt für die behinderten Mitbürgerinnen und Mitbürger geschaffen worden. Dieses ist rund um die Uhr zugänglich, zum Öffnen des Zuges ist ein sogenannter Euro-Schlüssel erforderlich.

Parkplatz Fuchsenwiese (Privat1)

Die einzige Alternative in diesem Bereich stellt das WC im Parkhaus Fuchsenwiese dar, das jedoch vom Betreiber des Parkhauses bewirtschaftet wird, und aufgrund der Vandalismusschäden inzwischen nachts geschlossen bleibt.

Die Anfrage, ob die Stadt zu diesem WC mit einem Hinweisschild verweisen darf, wurde vom Betreiber abgelehnt. Auch eine Öffnung während der Nachtstunden ist nicht möglich.

Schloßgarten (10)

Die am nächsten gelegene WC-Anlage (Entfernung ca. 100 m) befindet sich im Eigentum der Universität. Der Zugang erfolgt über den Schlossgarten in das Untergeschoss des Anwesens Schloßplatz 3 und ist nur während der Öffnungszeiten des Schlossgartens zugänglich. Neben dem eher ungünstigen Zugang über die Rampe besteht die weitere Problematik an diesem Standort darin, dass sich im Vorplatzbereich dieser Einrichtung z.T. Randgruppen aufhalten, die die Anlage für manche Bürgerinnen und Bürger nicht als sicher erscheinen lassen.

Bahnhof (Privat2)

Die Toilettenanlage im Untergeschoss des Bahnhofsgebäudes angeordnet steht zwar den Erlanger Bürger ebenfalls zur Verfügung, der Druck auf diese Toilettenanlage ist jedoch enorm hoch und entsprechend belastet ist diese Anlage. Eine Beschilderung zu dieser Anlage wurde im Frühjahr 2007 u.a Hugenottenplatz und Bahnhofsvorplatz angebracht.

Haltestelle Hauptpost (13)

Die im Jahr 1998 am Umsteigeknoten Hauptpost, in der Nähe des Spielplatzes neugeschaffene WC-Anlage wird mit einer Entfernung von 350 m oft als zu weit entfernt vom Markt- Schloßplatz angesehen.

Bohlenplatz (11) und Nägelsbachstraße / CineStar (14)

Die beiden anderen Einrichtungen, die im Jahr 2005 komplett erneuerte Anlage am Bohlenplatz (Entfernung ca. 600), sowie die Anlage im Bereich Neuer Markt Westseite (im Durchgang zur Nägelsbachstraße zu finden – Entfernung 650 m) sind für Besucher der zentralen Innenstadt - Bereich Markt-Schlossplatz – in einer Entfernung gelegen die nicht mehr angenommen wird.

1.1 Standorte von behinderten- und betagtengerechten Toiletten in der Innenstadt

Neben den Behindertenkabinen in den öffentlichen Toilettenanlagen wie,

- WC Redoutensaal 8
- WC-Anlage Bergstr. 25 Gegenüber Altstädter Schießhaus 1a
- WC-Anlage Bohlenplatz 11a
- WC-Anlage Hauptpost 13a
- WC-Anlage Durchgang CineStar 14a

stehen in folgenden Einrichtungen noch Behindertenkabinen zur Verfügung:

- WC-Anlage Parkhaus Fuchsenwiese
- Stadtmuseum
- Haus Dreycedern
- E-Werk
- Bahnhof
- Kollegienhaus
- Univ.-Bibliothek
- Peek & Cloppenburg
- Freizeitzentrum Frankenhof, Südl. Stadtmauerstraße
- Grande Galerie, 1. OG
- Wöhrl, UG
- C&A, 2. OG
- CineStar, 2. OG
- Mensa, Langemarkplatz
- St. Bonifaz, Hofmannstraße
- Haus kirchlicher Dienste, Mozartstraße
- Rathaus
- Heinrich-Lades-Halle
- Audimax, Bismarckstraße
- Zentrum für selbstbestimmtes Leben e.V. Luitpoldstraße

Laut Aussage des Behindertenberaters sind insgesamt gesehen ausreichend Behindertengerechte Toilettenanlagen in Erlangen vorhanden.

Anlage 5 -Lageplan – Barrierefreiheit

FAZIT:

Neue öffentliche Toilettenanlage im Nahbereich des Markt- Schlossplatzes wünschenswert

Als zentrales Problem der Untersuchung kristallisierte sich somit das Fehlen einer, den heutigen Ansprüchen genügende, saubere, vandalensichere Toilette in der Nähe des Markt-Schlossplatzes heraus.

Aufgrund der Vielzahl der teilweise öffentlichen Veranstaltungen rund um den Markt-Schlossplatz, die auch überregional bekannt sind, wäre eine moderne Toilettenanlagen in der Nähe des Markt-Schlossplatzes für Erlangen sehr wünschenswert.

Problem Markt-/Schlossplatz: Kein Standort verfügbar

Leider fanden sich sowohl für die Unterbringung in städtischen oder privaten Einrichtungen keine geeigneten Objekte. Eine Solitäranlage auf dem Schlossplatz selbst kann nicht ernsthaft vorge schlagen werden. Die Randbereiche bzw. die Umgebung des Schlossgarten wurden geprüft, doch auch hier fand sich kein geeigneter Standort, sodass die Verwaltung vorschlägt, es bei den bestehenden Toilettenanlagen zu belassen und dort auf eine Qualitätssteigerung zu setzen.

Vorschlag: Noch bessere Standards für die vorhandenen Toiletten anstreben

Um die einzelnen Anlagen kurz – bis mittelfristig zu verbessern, werden die in der Bewertungstabelle vorgeschlagenen Maßnahmen empfohlen.

Häufig steht die Unkenntnis von vorhandenen Toilettenanlagen im Vordergrund.

Während die Ausschilderung der öffentlichen Toilettenanlagen bereits ergänzt wurde ist, die Öffentlichkeit zu diesem speziellen Thema noch weiter zu informieren, z.B. durch Bekanntgabe der Standorte der Toilettenanlagen in öffentlichen Gebäuden in den einschlägigen Medien, z.B. Broschüren des City-Managements, der Seniorenzeitung „Herbstzeitlose“ oder im Behindertenführer.

Zu Punkt 2 Fraktionsantrages „Nette Toilette“

Beitrag des Citymanagements

Nette Toilette

Das City-Management Erlangen hat sich im Laufe des Jahres 2006 näher mit dem Konzept der "Netten Toilette" beschäftigt. Diese Idee ist den Gewerbetreibenden bei zwei unterschiedlichen Sitzungen vorgestellt worden.

FAZIT: Beide Male haben die Gewerbetreibenden gegen eine Umsetzung dieser Idee in Erlangen plädiert.

1. Mitgliederversammlung des City-Managements am 14.3.2006 - Auszug aus dem Protokoll TOP 5: Sonstiges - a) "Nette Toilette"

Derzeit praktizieren rund 30 deutsche Städte das Konzept "Nette Toilette", bei welchem Einzelhändler und Gastronomen der Innenstädte ihre Toiletten während ihrer Öffnungszeiten der Öffentlichkeit zur Benutzung frei stellen. Damit stehen regelmäßig gereinigte und gut ausgestattete Toiletten in der Innenstadt für Besucher bereit, teilweise mit Wickeltisch ausgestattet und behindertengerecht ausgebaut. Gekennzeichnet sind diese Betriebe mit einem einheitlichen Aufkleber, ein Stadtplan informiert die Kunden über die Orte der beteiligten Unternehmen.

Für Erlangen wird beschlossen, dieses Konzept nicht zu realisieren.

2. Treffen im Rahmen von "Leben findet Innenstadt" 15.3.2006, Auszug aus dem Protokoll TOP 5: "Nette Toilette"

Frau Wucher stellt die in vielen anderen Städten praktizierte Idee "Nette Toilette" vor. Ziel dieses Projektes ist es, private Toiletten von Gastronomen und/oder Einzelhändlern mit Hilfe eines speziellen Schildes der Öffentlichkeit zu öffnen. Dem erhöhten Aufwand für die Reinhaltung steht ein gewisser Werbeeffekt entgegen. Die Beteiligten würden über einen speziellen Plan und/oder durch Aufnahme in den Altstadtplan entsprechend hervorgehoben.

Die Idee wurde kontrovers diskutiert. Einige Einzelhändler machten darauf aufmerksam, dass die Toilette oft nur schwierig zu finden ist und auch häufig mit "privaten Dingen" gefüllt ist. Außerdem wurde deutlich gemacht, dass die Stadt nicht aus der Verantwortung entlassen werden darf, öffentliche Toiletten zu schaffen. Die Idee soll daher vorerst nicht weiter vertieft werden.

Zu Punkt 3 des Fraktionsantrages „Ausreichendes Toilettenangebot in den Regnitzwiesen“

Beitrag Amt 24

Toilettenanlagen im Regnitztal

Zur Versorgung des Naherholungsbereichs „Regnitztal“ mit öffentlichen Toiletten sieht das GME zwei Möglichkeiten:

- a. Aufstellung von zwei transportablen Toilettenkabinen mit entsprechender Leerung und täglicher Reinigung. Miet- und Betriebskosten ca. 8.000€ jährlich
- b. Neubau einer ortsfesten Toilettenanlage mit Anschluss an das öffentliche Wasser-, Abwasserkanal- und Stromnetz. Neubaukosten für eine Anlage mit zwei Benutzungsmöglichkeiten: ca. 80.000€ (Anschlusskosten können entsprechend des Standortes variieren). Betriebskosten jährlich ca. 8.000€.

FAZIT: Das GME empfiehlt die Variante 1.

Anlagen:

Anlage 1	-Fraktionsantrag und Protokollvermerk
Anlage 2	-Lageplan WC-Anlagen
Anlage 3	-Lageplan Schilderbäume
Anlage 4	-Tabelle Bestandsaufnahme und Bewertung
Anlage 5	-Lageplan – Barrierefreiheit
Anlage 6	-Fotos

- IV. Amt 13 zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
- V. Kopie Amt 61 und Amt 24 zum Vorgang
- VI. Kopie Amt 31 z.K.
- VII. Kopie EKM, Citymanagement z.K.
- VIII. Kopie Amt 50/Abt. Ahi und Behi z.K.

Toilettenbedarf in der Gesundheitsstadt Erlangen, - Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO 022/2007 der SPD-Fraktion vom 23.01.2007 und Protokollvermerk aus dem StR vom 26.04.2007

I. Protokollvermerk aus der Sitzung des Umwelt-, Verkehrs- u. Planungsausschusses/Werksausschusses des Stadtrates Erlangen vom 24.Juli 2007

- öffentlich -

Auf Anregung von Hr. Stadträtin Lanig soll das Thema „Nette Toilette“ nochmals weiterverfolgt werden.

Herr Stadtrat Bußmann bittet um Information hinsichtlich der durchgängigen Öffnung der Toilette am Redoutensaal

sowie um Überprüfung, ob bei der Vergabe an den „Beck“ am Hugentottenplatz die Auflage weitergegeben wurde, dort eine Toilette einzurichten.

Frau Stadträtin Wirth-Hücking bittet um einen geeigneten Toilettenstandort für die Busfahrer am Hugentottenplatz.

Herr Stadtrat Höppel bittet darum (z.B. Toilette am Bärengarten während der Bergkirchweih) daß entweder alle Benutzer (männlich und weiblich) etwas zahlen oder keiner.

Amt 23 zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

II. Amt 24 z.W.

Der Vorsitzende:

Der Berichterstatter:

Der Schriftführer:

Gez. Dr. Balleis

Gez. Bruse

gez. Pöhlmann

Öffentliche WC-Anlagen der Stadt Erlangen

Stand: 27.06.2007

Nr. 1

Öffentliche Bedürfnisanstalt (gegenüber Altst. Schießhaus)



WC-Anlage Damen



WC-Anlage Herrn

Nr. 2

Öffentliche Bedürfnisanstalt (Böttiger Steige, nahe Entlaskeller)



Nr. 3

Öffentliche Bedürfnisanstalt (Bergtoilette Erichkeller, Pfaffweg)



Nr. 4
Öffentliche Bedürfnisanstalt (über Steinbachkeller)



Nr. 5
Öffentliche Bedürfnisanstalt (gegenüber Bäregarten)



WC-Anlage Damen



WC-Anlage Herrn

Nr. 6
Öffentliche Bedürfnisanstalt auf Grünanlage (Essenbacher Str.)



Nr. 7
Öffentliche Bedürfnisanstalt bei Spielplatz (Theaterplatz)



Nr. 8
Behinderten WC im Durchgang Redoutensaal/Theater



Nr. 9
Öffentliche Bedürfnisanstalt Westparkplatz (Parkhaus)



WC-Anlage Damen



WC-Anlage Herrn

Nr. 10
Öffentliche Bedürfnisanstalt im Schlossgarten



Nr. 11
Öffentliche Bedürfnisanstalt bei Spielplatz (Bohlenplatz)



Nr. 12

Öffentliche Bedürfnisanstalt beim Ehem. Zollbahnhof (Luitpoldstr.)



WC-Anlage Damen



WC-Anlage Herrn

Nr. 13
Öffentliche Bedürfnisanstalt bei Hauptpost



WC-Anlage Damen/Herren



WC-Anlage Herrn

Nr. 14

Öffentliche Bedürfnisanstalt im Durchgang Cinestar (Nägelsbachstr.)



WC-Anlage Damen



WC-Anlage Herrn

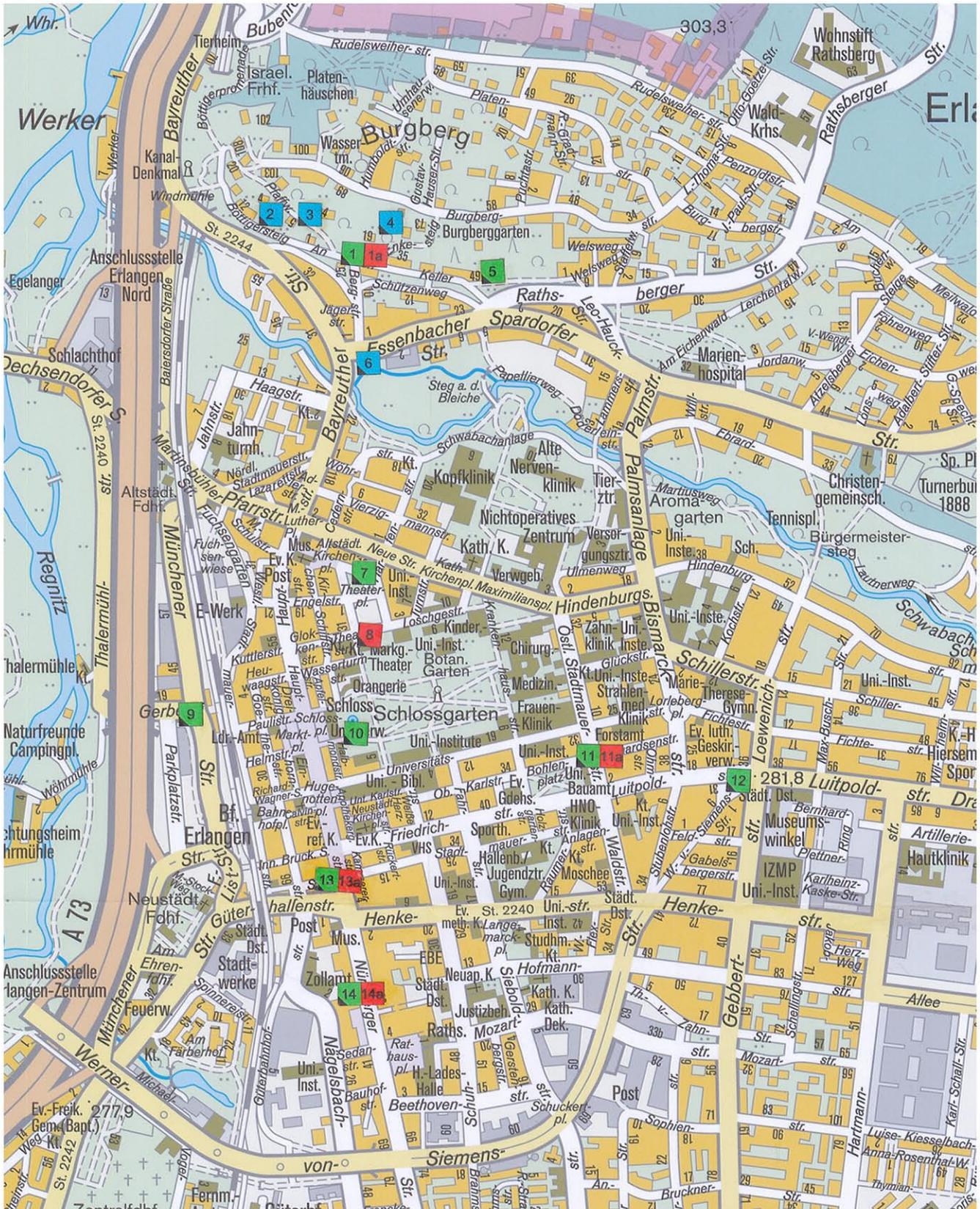
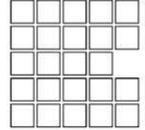
Nr. 15

Öffentliche Bedürfnisanstalt bei Spielplatz (Theodor-Heuss-Anlage)



Lageplan WC-Anlagen in der Innenstadt

Stadt Erlangen



Ö 16.4



Standorte der Schilderbäume in der Innenstadt

Legende:

- 1 Martin-Luther-Platz
- 2 Maximiliansplatz
- 3 Parkplatz Fuchsenwiese
Fußweg E-Werk / Telefonsäule
- 4 Parkplatz Fuchsenwiese;
E-Werk / Ecke Engelstr.
- 5 Parkplatz Fuchsenwiese /
Zugang Altstadt (Badhaus)
- 6 Theaterplatz
Parkplatz an der Engelstr.
- 7 Gerberei Radweg geg. Parkhaus
- 8 Gerbereitunnel - Westseite / Münchener Str.
Zugang zur Innenstadt / Stadtplan
- 9 Ausgang Gerbereitunnel
Paulistr. / Westl. Stadtmauerstr.
- 10 Hauptstraße 89 /
Zugang zur Fuchsenwiese (Badhaus)
- 11 Hauptstraße / Engelstraße
- 12 Hauptstraße / Ecke Glockenstraße
- 13 Hauptstraße / Wasserturmstraße
- 14 Hauptstraße/ Schloßplatz
an der Nordwestecke.
- 15 Hauptstraße/ Schloßplatz
an der Südwestecke
- 16 Schloßgarten /
Eingang südlich des Schlosses
- 17 Bahnhofsvorplatz
(Wartehalle - Infotafel mit Stadtplan)
- 18 Hugentotterplatz - Westseite-
nördlich der nördlichen Buswartehalle
- 19 Hauptstr./ Innere Brucker Str.
Eingang Photo Porst
- 20 Nürnberger Straße / Brasserie
- 21 Güterhallenstraße / Umsteigeanlage Hauptpost
neben Biergarten Manhattan
- 22 Nürnberger Straße /
Eingang Grande Galerie
- 23 Schuhstraße / Untere Karlstraße
- 24 Bohlenplatz
in Verlängerung der Holzgartenstraße
- 25 Langemarkplatz
an der Henkestr. / Östl. der Wartehalle
- 26 Neuer Markt Westseite - Ecke Nürnberger Straße
(Mengin) Richtung Nägelsbachstraße
- 27 Rathaus
Nürnberger Str./ Nordwestecke Rathausplatz

- Entfernung vom Markt-Schloßplatz
- ① Nr. des Standortes
"Schilderbaum City-Leitsystem"

STADT ERLANGEN Amt für Stadtentwicklung und Stadplanung - SG Stadterneuerung		Stadt Erlangen	
Maßnahmenplan			
Öffentliche Toiletten in der Innenstadt			
Monat / Heftich	Datum: 22. März 08	ergänzt	

Tabelle - Bestandsaufnahme und Bewertung öffentlicher Toilettenanlagen in der Innenstadt

Standort	Theaterplatz * - Spielplatz	Großparkplatz - Parkhaus	Bahnhof - Untergeschoss
			
Nr	7	9	Privat2
Ausstattung:	1x Damen 1x Herren <i>* Durchgang Redoutensaal „nur“ Behinderten-WC; Euroschlüssel erf.</i>	3x WC 2x Waschbecken 2x Pissoir	6x WC 4x Waschbecken, Spiegel u. Abfalleimer 4x Pissoir 2x Beh. WC
Öffnungszeiten:	Saisonal geöffnet; dann rund um die Uhr	Durchgehend geöffnet	Durchgehend geöffnet
Zustand:	Sauber	Stark von Randgruppen frequentiert, hoher Verschmutzungsgrad	sehr sauber
Eigentümer:	Stadt	Stadt	Deutsche Bahn
Betreiber:	Stadt	Stadt	Deutsche Bahn, kostenpflichtig
Reinigung:	Täglich, vormittags	Täglich, vormittags	Beauftragte Firma
Entfernung zum Markt- / Schlossplatz:	400m	250m	200m
Auffindbarkeit (Note 1-6):	3	3	1
letzte Sanierung	2005	Laufender Unterhalt	
Maßnahmenvorschlag / weitere Vorgehensweise	Umbau für den ganzjährigen Betrieb ist für 2008 geplant	Problem Randgruppen soziale Kontrolle schaffen; abhängig von Entwicklung des Parkdecks	Hinweisschilder am Hugo und am Bahnhofsvorplatz sind im Frühjahr 2007 montiert worden, keine weiteren Maßnahmen notwendig

Tabelle - Bestandsaufnahme und Bewertung öffentlicher Toilettenanlagen in der Innenstadt

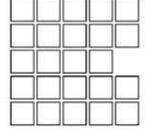
Standort	Haltstelle Hauptpost - Kino Manhattan	Nägelsbachstr. - Durchgang CineStar	Bohlenplatz - Spielplatz
			
Nr	13	14	11
Ausstattung	2x WC 3x Waschbecken, 1xAbfalleimer 2x Spiegel 2x Pissoir 1x Beh. WC	3x WC 2x Waschbecken, Spiegel 3x Pissoir 2x Beh. WC	2x WC 2x Waschbecken 1x Pissoir 1x Beh. WC
Öffnungszeiten:	Durchgehend geöffnet	Durchgehend geöffnet	Durchgehend geöffnet
Zustand:	Sauber	Sauber	Sauber
Eigentümer:	Stadt	Stadt	Stadt
Betreiber:	Stadt	Stadt	Stadt
Reinigung:	Täglich, vormittags	Täglich, vormittags	Täglich, vormittags
Entfernung zum Markt- / Schlossplatz:	350m	600m	650m
Auffindbarkeit (Note 1-6):	2	4	2
letzte Sanierung	1998 neu errichtet	Laufender Unterhalt	2005 neu errichtet
Maßnahmenvorschlag / weitere Vorgehensweise	Zusätzliche Hinweisweisschilder wurden im Frühjahr 2007 angebracht keine weiteren Maßnahmen notwendig	Zusätzliches Hinweisweisschild wurden im Frühjahr 2007 der Nürnberger Straße / Eckgebäude Mengin angebracht keine weiteren Maßnahmen notwendig	Zusätzliches Hinweisweisschild von der Oberen Karlstraße aus wurde im Frühjahr 2007 angebracht keine weiteren Maßnahmen notwendig

Tabelle - Bestandsaufnahme und Bewertung öffentlicher Toilettenanlagen in der Innenstadt

Standort	Schlossgarten UG - Verwaltungsgebäude Uni	Fuchsenwiese - Parkhaus	
			
Nr	10	Privat1	
Ausstattung	3x WC 4x Waschbecken, Spiegel 3x Pissoir 1x Beh. WC	2x WC 2x Waschbecken, Spiegel Abfalleimer, 1x Wickeltisch 2x Pissoir 1x Beh. WC	
Öffnungszeiten:	nur während der Öffnungszeiten des Schlossgartens	Nachts geschlossen	
Zustand:	Sauber	Schmierereien an den Wänden teils sehr dreckig, strenger Geruch	
Eigentümer:	Universität	privat	
Betreiber:	Stadt	privat	
Reinigung:	Täglich, vormittags	Beauftragte Firma	
Entfernung zum Markt-Schlossplatz:	100m	450 m	
Auffindbarkeit (Note 1-6):	4	4	
letzte Sanierung	Laufender Unterhalt		
Bereits durchgeführte Maßnahmen bzw. Maßnahmenvorschlag	Verstärkung der sozialen Kontrolle	Anfrage -> beim Betreiber des Parkdecks Handelshof im Frühjahr 07 mit der Bitte um ganztägige Öffnung des WC's, gemeinsamer Reinigung und Zustimmung zur Ausschilderung als Öffentliches WC" wurde abgelehnt. Anfrage durch OBM wiederholen	

Barrierefrei bewegen in Erlangen

Stadt Erlangen



Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 29.11.2011
Antragsnr.: 167/2011
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: VI/61/Fr. Willmann-Hohmann
mit Referat: VI/24/Hr. Kirschner

**SPD Fraktion
im Stadtrat Erlangen**

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathaus

91052 Erlangen

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
Telefon 09131 862225
Telefax 09131 862181
e-Mail spd@erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

**Toiletten in der Innenstadt
Antrag zum HH 2012**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

In den vergangenen Jahren wurde von BürgerInnen, Gruppen und unserer Fraktion bereits mehrfach auf das Fehlen von öffentlichen, behindertengerechten Toiletten im Innenstadtbereich aufmerksam gemacht und um Abhilfe gebeten. In der vergangenen Woche wurde dieses Thema erneut in der Bürgerinnenversammlung und bei „Senioren melden sich zu Wort“ thematisiert.

Eine Universitätsstadt, in welcher sich schwerkranke Patienten und deren Angehörige aufhalten (nicht nur in der Klinik, sondern auch im Stadtgebiet) und eine Stadt, die kinderfreundlich sein will, in der außerdem auch alte und behinderte Menschen leben, braucht im Zentrum entsprechende Toiletten!

Wir beantragen:

Um dem Bedarf nach gut erreichbaren Toiletten gerecht werden zu können, sind in den kommenden drei Jahren drei behindertengerechte Toiletten im Innenstadtbereich erforderlich.

Die Verwaltung wird gebeten, im Zentrum der Innenstadt Standorte für solche öffentlichen Toiletten zu suchen und im zuständigen Ausschuss vorzustellen.

Außerdem soll, anhand konkreter Angebote von Anbietern, ein Überblick über die verschiedenen auf dem Markt angebotenen Ausführungsformen und deren Kosten gegeben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Florian Janik
Fraktionsvorsitzender



f.d.R. Saskia Coerlin
Geschäftsführerin der SPD-Fraktion

Datum
29.11.2011

AnsprechpartnerIn
Saskia Coerlin

Durchwahl
09131 862225

Seite
1 von 1

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
VI/613 T. 1327

Verantwortliche/r:
Abt. Verkehrsplanung

Vorlagennummer:
613/082/2011

Antrag zum Haushalt: Investitionsplan StUB Fraktionsantrag der Erlanger Linke Nr. 142/2011 vom 29.11.2011

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	17.01.2012	Ö	Gutachten	
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	18.01.2012	Ö	Gutachten	
Stadtrat	16.02.2012	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Für die Stadt-Umlandbahn (StUB) werden bis zur Klärung der weiteren Vorgehensweise keine Gelder in den Investitionsplan eingestellt.

Der Antrag der Fraktion Erlanger Linke Nr. 142/2011 ist damit bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die Fraktion Erlanger Linke beantragt, allgemeine Kosten von 5.000.000 EUR, beginnend ab 2012, für die Stadt-Umland-Bahn in den Investitionsplan einzustellen. Als Deckung werden die Erlöse des Röthelheimparks vorgeschlagen.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Als Teilergebnisse der Standardisierten Bewertung StUB liegen die Nutzen-Kosten-Indikatoren für unterschiedliche Netzvarianten inzwischen vor. Danach wäre das T-Netz im Abschnitt Nürnberg – Herzogenaurach – Uttenreuth grundsätzlich zuschussfähig.

Die Ergebnisse der für den laufenden Betrieb relevanten Folgekosten sollen voraussichtlich Ende des I. Quartals 2012 vorgestellt und anschließend in einem Abschlussbericht zusammengefasst werden.

Die Entscheidung, ob und ggf. wann die StUB realisiert werden soll, muss anschließend von den betroffenen Aufgabenträgern getroffen werden. In Abhängigkeit dieser Entscheidungen müssen ggf. umfangreiche detaillierte Planunterlagen erstellt und darauf basierend der Antrag bei den Zuschussgebern eingereicht werden.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die notwendigen Mittel für die abschließende Bearbeitung der laufenden Untersuchung Standardisierte Bewertung StUB liegen vor. Der Bedarf zur Erstellung weiterer Untersuchungen Planunterlagen hängt von der gemeinsamen Entscheidung der betroffenen Aufgabenträger ab,

die frühestens ab Ende 2012 zu erwarten ist. Planungsmittel würden folglich frühestens ab 2013 benötigt, der Bedarf für Investitionsmittel kann derzeit nicht terminiert werden.

Die Verwaltung empfiehlt daher, zunächst den weiteren Entscheidungsprozess abzuwarten und zunächst keine Mittel für den Investitionsplan StUB einzustellen. Im Falle einer positiven Entscheidung zur Realisierung der StUB sollten dann, basierend auf einem fundierten Projekt- und Mittelabflussplan, zu gegebener Zeit die notwendigen Mittel im Haushalt eingestellt werden.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Anlagen:

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Ö 16.5

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 29.11.2011
Antragsnr.: 142/2011
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: VI/61/Fr. Willmann-Hohamann
mit Referat: II/20/Hr. Schmied

erlanger linke

Erlanger Linke Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Antrag zum Haushalt

Sehr geehrter Herr Dr. Balleis,

Allgemeine Kosten von 5000T€ beginnend ab 2012 für Stadt-Umlandbahn in den Investitionsplan einstellen. Deckungsvorschlag: Erlöse Röthelheimpark.

Begründung: erfolgt mündlich

Mit freundlichen Grüßen

Eckart Wangerin
Stadtrat

Fraktion Erlanger Linke

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Zimmer 127

Büro: Montags 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Und nach Vereinbarung

tel 09131/86-1789
fax 09131/86-1791
e-mail: erlanger-linke@stadt.erlangen.de
<http://www.erlanger-linke-stadtrat.de/>

Erlangen, den 14. November 2011

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
II/20

Verantwortliche/r:
Herr Sponsel

Vorlagennummer:
II/131/2012

**Anträge zu den Fachamtsbudgets für die der HFPA als Fachausschuss zuständig ist
(siehe aufbereitete Antragsunterlagen zum Haushalt 2012)**

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	18.01.2012	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Die Einzelanträge ergeben sich aus dem anhängenden Abstimmungsskript.

II. Begründung

Anlagen: Abstimmungsskript

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf 2012

--- nicht investiv ---

Amt lfd. Nr.	Produkt/ Sachkonto (soweit bekannt)	Änderungs- antrag	Seite im Verw.- entwurf		Veränderung beim Ertrag	Veränderung beim Aufwand	Haushalts- verbesserung = positiver Betrag oder Haushalts- verschlechterung = negativer Betrag	Abstimmung Fachausschuß
--------------	---	----------------------	----------------------------	--	----------------------------	-----------------------------	---	----------------------------

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss (Sitzung am 18.01.2012)

11			43 ff.	Bezeichnung/Begründung des Änderungsantrags zum Sachmittelbudget Amt 11 (Entwicklung des Sachmittelbudgets: siehe Verwaltungsentwurf)	108.700 €	-511.000 €	-402.300 €	Abstimmung Fachausschuß
11.1.	1115	151/2011 SPD		Mehrkosten Ausbildungsstellen HFPA-Beschluss vom 18.5.2011	0 €	-81.600 €	-81.600 €	Abstimmung HFPA einstimmig / mit ...gegen ... Stimmen
13			49 ff.	Bezeichnung/Begründung des Änderungsantrags zum Sachmittelbudget Amt 13 (Entwicklung des Sachmittelbudgets: siehe Verwaltungsentwurf)	108.700 €	-511.000 €	-402.300 €	Abstimmung Fachausschuß
89/116								
13.1.	1111	Nachmeldung der Verwaltung		Fortführung interkommunale Zusammenarbeit: Die Koordination IZ ist nach Nürnberg gewechselt Mit Ausscheiden von Dr. Leipold wurde das Personalkostenbudget von Amt 13 gekürzt, es entfallen damit auch die Personalkosten-Erstattungen von den Städten Nürnberg, Fürth und Schwabach (Mindererträge i.H.v. 6.000 EUR). Der städtische Anteil Koordination IZ beträgt nunmehr ca. 20.000 EUR.	-60.000 €	-20.000 €	-80.000 €	Abstimmung HFPA einstimmig / mit ...gegen ... Stimmen
13.2.	1111	151/2011 SPD		San Carlos: Entwicklungshilfe und Finanzierung der Koordinationsstelle	0 €	-12.000 €	-12.000 €	Abstimmung HFPA einstimmig / mit ...gegen ... Stimmen

Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf 2012

--- nicht investiv ---

Amt lfd. Nr.	Produkt / Sachkonto (soweit bekannt)	Änderungsantrag	Seite im Verw.-entwurf		Veränderung beim Ertrag	Veränderung beim Aufwand	Haushaltsverbesserung = positiver Betrag oder Haushaltsverschlechterung = negativer Betrag	Abstimmung Fachausschuß
13.3.	1111	151/2011 SPD		Interaktive Bildschirme (Inklusion) Hinweis: Bei Annahme des Antrages wird Zuordnung geprüft, evtl. Umschichtung in Investitionsplan erforderlich.	0 €	-7.000 €	-7.000 €	Abstimmung HFPA einstimmig / mit ...gegen ... Stimmen
13.4.	1111	151/2011 SPD		Miteinander Leben in Erlangen	0 €	-25.000 €	-25.000 €	Abstimmung HFPA einstimmig / mit ...gegen ... Stimmen
13.5.	1111	151/2011 SPD		Öffentlichkeitsarbeit AIB und Deutsch Offensive	0 €	-9.000 €	-9.000 €	Abstimmung HFPA einstimmig / mit ...gegen ... Stimmen
13.6.	1111	151/2011 SPD		WiLD: Sach- und Honorarkosten	0 €	-13.000 €	-13.000 €	Abstimmung HFPA einstimmig / mit ...gegen ... Stimmen
13.7.	1111	175/2011 FDP		Sondermittel im Budget Amt 13 zum Umbau des Amtes zur professionellen Unternehmenskommunikation	0 €	-20.000 €	-20.000 €	Abstimmung HFPA einstimmig / mit ...gegen ... Stimmen
13.8.	1111	191/2011 CSU		Budgeterhöhung für Bildungsportal	0 €	-10.000 €	-10.000 €	Abstimmung HFPA einstimmig / mit ...gegen ... Stimmen

90/116

Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf 2012

--- nicht investiv ---

Amt lfd. Nr.	Produkt / Sachkonto (soweit bekannt)	Änderungsantrag	Seite im Verw.-entwurf		Veränderung beim Ertrag	Veränderung beim Aufwand	Haushaltsverbesserung = positiver Betrag oder Haushaltsverschlechterung = negativer Betrag	Abstimmung Fachausschuß
13.9.	1111	191/2011 CSU		Budgeterhöhung für Jugendparlament	0 €	-5.000 €	-5.000 €	Abstimmung HFPA einstimmig / mit ...gegen ... Stimmen
		171/2011 Grüne Liste		Die Änderungsanträge zu Seniorenbeirat, Fortführung Informationstag Demenz und Seniorenzeitung sind dem Budget des Amtes für Soziales, Arbeit und Wohnen zugeordnet. Veranschlagung bei Amt 50.				
20			79 ff.	Bezeichnung/Begründung des Änderungsantrags zum Sachmittelbudget Amt 20 (nur die Produkte 1113 und 5711); Entwicklung des Sachmittelbudgets: siehe Verwaltungsentwurf	83.900 €	-288.000 €	-204.100 €	Abstimmung Fachausschuß
20.1.	1113	nachträgliche Nachmeldung der Verwaltung		Für die Nachbesserung der Eröffnungsbilanzwerte sowie Unterstützung bei den Jahresabschlüssen werden noch 35 - 40 Beratertage (je 1.142,40 €) mit der KPMG benötigt.	0 €	-40.000 €	-40.000 €	Abstimmung HFPA einstimmig / mit ...gegen ... Stimmen
20.2.	5711	nachträgliche Nachmeldung der Verwaltung		Förderung "Erlangen AG" gem. genehmigten Wirtschaftsplan	0 €	-30.000 €	-30.000 €	Abstimmung HFPA einstimmig / mit ...gegen ... Stimmen
34			141 ff.	Bezeichnung/Begründung des Änderungsantrags zum Sachmittelbudget Amt 34 (ohne Friedhofswesen, Produkt 5531); Entwicklung des Sachmittelbudgets: siehe Verwaltungsentwurf)	166.900 €	-34.600 €	132.300 €	Abstimmung Fachausschuß
34.1.	5531	151/2011 SPD		Neuausschreibung Pflege Ehrengräber (Ältestenrat vom 13.07.2011, Vorlage 34/008/2011)	0 €	-15.000 €	-15.000 €	Abstimmung HFPA einstimmig / mit ...gegen ... Stimmen

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/13-2/GBC

Verantwortliche/r:
Herr Peter Gertenbach

Vorlagennummer:
13-2/175/2012

Konzept "Leichte Sprache", Antrag zum Haushalt 2012 - SPD-Fraktionsantrag Nr. 163/2011 vom 29.11.2011

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	18.01.2012	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Der HFPA beauftragt die Verwaltung, im Interesse einer gut und leicht verständlichen Information über die Arbeit der Kommune bei Veröffentlichungen frühzeitig die Pressestelle einzubinden und die unten stehenden Empfehlungen insbesondere zum Impressum zu beachten.

Ein Musterimpressum wird von der Pressestelle entwickelt.

Der Antrag Nr. 163/2011 vom 29.11.2011 ist damit bearbeitet.

II. Begründung

Mit der Pressestelle besteht bei Amt 13 bereits eine Einrichtung, die im Sinne des Antrages wirkt. Ziel ihrer Arbeit ist es, eine möglichst breite Öffentlichkeit über die Tätigkeit der Stadtverwaltung zu informieren.

Die vermittelte Information versteht sich dabei seit jeher auch als „Übersetzung“ der Sprache („Behördendeutsch, Fachchinesisch“), in der Verwaltungsorganisationen regelmäßig ihre Vorhaben und Positionen darstellen.

Je nach Zielgruppe sind dabei eventuell bei diesen vorhandene Wissensdefizite in den Publikationen, insbesondere Broschüren, durch geeignete Maßnahmen (insbesondere „Erläuterung von fremdsprachlichen Begriffen; Herstellung von sachlichen Zusammenhängen) auszugleichen.

Den Fachämtern (und Stadtratsfraktionen) ist bereits im Vorfeld eine interne „Prüfung“ auf leichte Verständlichkeit ihrer Veröffentlichungen, wozu auch ins Internet gestellte Sitzungsunterlagen gehören, anzuraten. Die Einbindung der Pressestelle ist dabei grundsätzlich empfehlenswert. Allerdings dürfte angesichts der zu erwartenden Textmengen eine zügige Sichtung nicht immer möglich sein.

Im Idealfall ist deshalb im Sinne des Fraktionsantrages die Schaffung der Stelle eines Textsupervisors anzuregen. Seine Aufgabe wäre die Sichtung sämtlicher städtischer Veröffentlichungen der Fachämter und ggf. die Abstimmung von Textkorrekturen mit dem jeweiligen Autor vorzunehmen – für eine wirkungsvolle Informationsvermittlung in der leichter Sprache.

Als konkrete erste Maßnahme schlägt Amt 13 die Einführung eines standardisierten Impressums vor, in dem stets ein Ansprechpartner mit Telefonnummer genannt wird, der weiterführende Erläuterungen zur Publikation mündlich, und damit direkt, geben kann.

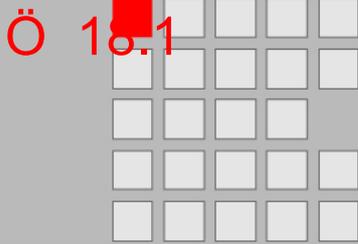
Anlagen: Antrag Nr. 163/2011 der SPD-Fraktion

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 29.11.2011
Antragsnr.: 163/2011
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: OBM/13/Hr. Schmitt
mit Referat:

**SPD Fraktion
im Stadtrat Erlangen**

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathaus

91052 Erlangen

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
Telefon 09131 862225
Telefax 09131 862181
e-Mail spd@erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

**Antrag zum Arbeitsprogramm des Bürgermeister- und Presseamtes:
Konzept „Leichte Sprache“
Antrag zum Haushalt 2012**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Rahmen der Umsetzung von Inklusion bei der Stadt Erlangen muss es auch darum gehen, städtische Veröffentlichungen, insbesondere Informationen für die BürgerInnen zu wichtigen Themen, in allen Menschen zugänglichen Formen anzubieten. Das Prinzip der „leichten Sprache“ bietet dafür einen sinnvollen Ansatz.

Das Bürgermeister- und Presseamt wird beauftragt, ein Konzept für die Übertragung von Veröffentlichungen in leichte Sprache zu entwickeln und Vorschläge zu machen, wie dies bei den Ämtern der Stadt umgesetzt werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Florian Janik
Fraktionsvorsitzender

f.d.R. Saskia Coerlin
Geschäftsführerin der SPD-Fraktion

Datum
29.11.2011

AnsprechpartnerIn
Saskia Coerlin

Durchwahl
09131 862225

Seite
1 von 1

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/Gst/ZBB-1523

Verantwortliche/r:
Gleichstellungsstelle

Vorlagennummer:
Gst/010/2011

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2012 der Gst - siehe Arbeitsprogramme 2012 in gebundener Form ab Seite 47

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	18.01.2012	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Dem Stellenplan 2012 für die Gleichstellungsstelle wird zugestimmt. Dem Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für die Gleichstellungsstelle wird zugestimmt. Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.
2. Das Arbeitsprogramm 2012 für die Gleichstellungsstelle wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Anlagen: Arbeitsprogramm

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
PR

Verantwortliche/r:
Herr Hornauer

Vorlagennummer:
II/129/2012

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2012 der Personalvertretung - siehe Arbeitsprogramm 2012 in gebundener Form ab Seite 55 -

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	18.01.2012	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Dem Stellenplan 2012 der Personalvertretung wird zugestimmt.
Dem Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für die Personalvertretung wird zugestimmt.
Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalaus-
schuss und Stadtrat.

2. Das Arbeitsprogramm 2012 für die Personalvertretung wird unter Berücksichtigung des noch
festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Anlagen: Arbeitsprogramm

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:

Verantwortliche/r:
Herr Andreas Götz

Vorlagennummer:
eGov/029/2012

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2012 des eGovernment-Centers - siehe Arbeitsprogramm 2012 in gebundener Form ab Seite 61 -

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	18.01.2012	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Dem Stellenplan 2012 des eGovernment-Centers wird zugestimmt. Dem Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für das eGovernment-Center wird zugestimmt. Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.
2. Das Arbeitsprogramm 2012 des eGovernment-Centers wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Anlagen: Ausschnitt Arbeitsprogramm 2012

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

BeschlussvorlageGeschäftszeichen:
OBM/ZV/11Verantwortliche/r:
Personal- und OrganisationsamtVorlagennummer:
11/077/2011**Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2012 des Personal- und Organisationsamtes- siehe Arbeitsprogramm 2012 in gebundener Form ab Seite 11****Beratungsfolge** **Termin** **Ö/N Vorlagenart** **Abstimmung**Haupt-, Finanz- und Personalaus-
schuss 18.01.2012 Ö Beschluss**Beteiligte Dienststellen****I. Antrag**

1. Dem Stellenplan 2012 des Personal- und Organisationsamtes wird zugestimmt. Dem Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für das des Personal- und Organisationsamt wird zugestimmt. Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

2. Das Arbeitsprogramm 2012 des Personal- und Organisationsamtes wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung**Anlagen:
Arbeitsprogramm**III. Abstimmung
*siehe Anlage*IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/13-2/ssa

Verantwortliche/r:
Bürgermeister- und Presseamt

Vorlagennummer:
13-2/176/2012

**Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2012 des Bürgermeister- und Presseamtes
- siehe Arbeitsprogramm 2012 in gebundener Form ab Seite 25**

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	18.01.2012	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen**I. Antrag**

1. Dem Stellenplan 2012 für das Bürgermeister- und Presseamt wird zugestimmt. Dem Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für das Bürgermeister- und Presseamt wird zugestimmt. Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

2. Das Arbeitsprogramm 2012 für das Bürgermeister- und Presseamt wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Anlagen: Arbeitsprogramm des Bürgermeister- und Presseamtes

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
II/20

Verantwortliche/r:
Herr Beugel

Vorlagennummer:
II/130/2012

**Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2012 der Stadtkämmerei sowie
Abt. Wirtschaftsförderung und Arbeit
- siehe Arbeitsprogramme 2012 in gebundener Form ab Seite 71 -**

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	18.01.2012	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Dem Stellenplan 2012 für die Stadtkämmerei sowie der Abt. Wirtschaftsförderung und Arbeit wird zugestimmt.

Dem Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für die Stadtkämmerei sowie der Abt. Wirtschaftsförderung und Arbeit wird zugestimmt.

Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalaus-
schuss und Stadtrat.

2. Das Arbeitsprogramm 2012 für die Stadtkämmerei sowie der Abt. Wirtschaftsförderung und Arbeit wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Anlagen: Arbeitsprogramm

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

BeschlussvorlageGeschäftszeichen:
III/30Verantwortliche/r:
Frau Elfriede VittinghoffVorlagennummer:
30-R/049/2012**Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2012 des Amtes für Recht und Statistik (Amt 30)****- siehe Arbeitsprogramme 2012 in gebundener Form ab Seite 111**

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	18.01.2012	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen**I. Antrag**

1. Dem Stellenplan für das Amt für Recht und Statistik wird zugestimmt.
Dem Gesamtbudget (der Gesamtbudgethöhe) für das Amt für Recht und Statistik wird zugestimmt.
Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalaus-
schuss und im Stadtrat.
2. Das Arbeitsprogramm 2012 für das Amt für Recht und Statistik wird unter Berücksichtigung des
noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung**Anlagen:** ArbeitsprogrammIII. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
III/33/331/GFA

Verantwortliche/r:
Herr Dietmar Rosenzweig

Vorlagennummer:
331/007/2012

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2012 des Bürgeramtes - siehe Arbeitsprogramme 2012 in gebundener Form ab Seite 149

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	18.01.2012	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1.
Dem Stellenplan 2012 für das Bürgeramt wird zugestimmt.
Dem Gesamtbudget (der Gesamtbudgethöhe) für das Bürgeramt wird zugestimmt.
Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalaus-
schuss und Stadtrat.

2.
Das Arbeitsprogramm 2012 für das Bürgeramt wird unter Berücksichtigung des noch
festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Siehe Arbeitsprogramme 2012 in gebundener Form ab Seite 149.

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
III/34/GSA-2774

Verantwortliche/r:
Herr Schmeißer

Vorlagennummer:
34/010/2011

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2012 des Standesamtes - siehe Arbeitsprogramm 2012 in gebundener Form ab Seite 157

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	18.01.2012	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Dem Stellenplan 2012 für das Standesamt wird zugestimmt. Dem Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für das Standesamt wird zugestimmt. Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.
2. Das Arbeitsprogramm 2012 für das Standesamt wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Anlagen: Arbeitsprogramm 2012 des Standesamtes

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

BeschlussvorlageGeschäftszeichen:
I/37ALVerantwortliche/r:
Herr Friedhelm WeidingerVorlagennummer:
37/021/2012**Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2012 des Amtes für Brand- und Katastrophenschutz (Amt 37) - siehe Arbeitsprogramme 2012 in gebundener Form ab Seite 165**

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	18.01.2012	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen**I. Antrag**

1. Dem Stellenplan 2012 für das Amt für Brand- und Katastrophenschutz wird zugestimmt. Dem Gesamtbudget (der Gesamtbudgethöhe) für das Amt für Brand- und Katastrophenschutz wird zugestimmt. Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

2. Das Arbeitsprogramm 2012 für das Amt für Brand- und Katastrophenschutz wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Anlagen: Arbeitsprogramm Amt 37

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
III/39/BJ011

Verantwortliche/r:
Frau Dr. Bauer

Vorlagennummer:
39/010/2012

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2012 des Amtes für Veterinärwesen und gesundheitlichen Verbraucherschutz (Amt 39)

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	18.01.2012	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Dem Stellenplan für das Amt für Veterinärwesen und gesundheitlichem Verbraucherschutz wird zugestimmt.
Dem Gesamtbudget (der Gesamtbudgethöhe) für das Amt für Veterinärwesen und gesundheitlichen Verbraucherschutz wird zugestimmt.
Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und im Stadtrat.
2. Das Arbeitsprogramm 2012 für das Amt für Veterinärwesen und gesundheitlichen Verbraucherschutz wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Anlagen: Arbeitsprogramm

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
II/20

Verantwortliche/r:
Herr Sponsel

Vorlagennummer:
II/132/2012

Anträge zum Ergebnishaushalt außerhalb der Fachamtsbudgets (siehe aufbereitete Antragsunterlagen zum Haushalt 2012)

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	18.01.2012	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Die Einzelanträge ergeben sich aus dem anhängenden Abstimmungsskript.

II. Begründung

Anlagen: Abstimmungsskript

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf 2012

--- nicht investiv ---

Amt lfd. Nr.	Produkt / Sachkonto (soweit bekannt)	Änderungsantrag	Seite im Verw.-entwurf		Veränderung beim Ertrag	Veränderung beim Aufwand	Haushaltsverbesserung = positiver Betrag oder Haushaltsverschlechterung = negativer Betrag	Abstimmung Fachausschuß
--------------	--------------------------------------	-----------------	------------------------	--	-------------------------	--------------------------	--	-------------------------

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss (Sitzung am 18.01.2012)

Änderungsanträge - außerhalb der Sachmittelbudgets

HH				Bezeichnung/Begründung des Änderungsantrags zu Positionen <u>außerhalb</u> der Sachmittelbudgets --- nicht investiv --- (soweit möglich, bitte bei Begründung Sachkonto/Produkt/Seite im Verw.-entwurf angeben)	0 €	0 €	0 €	Abstimmung Fachausschuß
HH.1.	verschiedene	Nachmeldung der Verwaltung		Personalmehraufwand für das Haushaltsjahr 2012 vorbehaltlich Entscheidung zum Stellenplan (Stand: 12.12.2011), endgültiger Betrag wird in Schlußsitzung mitgeteilt	0 €	-1.064.700 €	-1.064.700 €	Abstimmung HFPA einstimmig / mit ...gegen ... Stimmen
HH.2.	verschiedene	Nachmeldung der Verwaltung		Refinanzierung 2012 für neue Planstellen Kostenerstattung von 40 bis 100 % aus Bundes- und Landesmitteln (Punkt 2.3. Ziffer 16, 27, 29, 30, 31, 33 bis 38 der Verwaltungsvorlage zum Stellenplan vom 24.1.2011). Endgültiger Betrag wird in Schlußsitzung mitgeteilt.	263.600 €	0 €	263.600 €	Abstimmung HFPA einstimmig / mit ...gegen ... Stimmen
HH.3.	verschiedene	nachträgliche Nachmeldung der Verwaltung		<u>Verlängerung der Wiederbesetzungssperre</u> Stadtrat vom 24.11.2011 (Vorlage 112/046/2011): Die zum Haushalt 2011 beschlossene Wiederbesetzungssperre wird auch 2012 fortgeführt.	0 €	417.300 €	417.300 €	Abstimmung HFPA einstimmig / mit ...gegen ... Stimmen
HH.4.	1111	141/2011 Erlanger Linke + 171/2011 Grüne Liste		Progressive Kürzung der Geschäftsführungszuschüsse für die Fraktionen, beginnend mit 10%	0 €	13.600 €	13.600 €	Abstimmung HFPA einstimmig / mit ...gegen ... Stimmen
HH.5.	1111	171/2011 Grüne Liste		Kürzung Aufwandsentschädigungen Stadträte/Stadträtinnen um 10%	0 €	53.000 €	53.000 €	Abstimmung HFPA einstimmig / mit ...gegen ... Stimmen

Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf 2012

--- nicht investiv ---

Amt lfd. Nr.	Produkt / Sachkonto (soweit bekannt)	Änderungsantrag	Seite im Verw.-entwurf		Veränderung beim Ertrag	Veränderung beim Aufwand	Haushaltsverbesserung = positiver Betrag oder Haushaltsverschlechterung = negativer Betrag	Abstimmung Fachausschuß
HH.6.	1115	Nachmeldung der Verwaltung		KommunalBIT: Für IT-Investitionen aus den Jahren 2010 und 2011, die von KommunalBIT getätigt wurden, sind ab 2012 Mietzahlungen von insgesamt 65.200 EUR fällig.	0 €	-65.200 €	-65.200 €	Abstimmung HFPA einstimmig / mit ...gegen ... Stimmen
HH.7.	1115 bzw. 2439	182/2011 Grille Barbara		Für dringend benötigte Ersatzinvestitionen bei der Schul-IT Aufstockung des bestehenden Budgets zur Realisierung und Wahrung der Aufgaben		-500.000 €	-500.000 €	Abstimmung HFPA einstimmig / mit ...gegen ... Stimmen Bei Annahme des Antras entfällt eine Abstimmung zu Tz. HH.8. bis HH.10.
HH.8.	1116 bzw. 2439	191/2011 CSU		IT an Schulen, 2013 VE + 1.110.000 <u>Hinweis der Verwaltung:</u> Im Ergebnishaushalt können keine Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt werden. Über den Ansatz 2013 wird im Rahmen der Haushaltsberatungen 2013 abgestimmt. Bei grundsätzlicher Annahme des Antrags wird Betrag in die Finanzplanung für 2013 eingestellt.	0 €	-325.000 €	-325.000 €	Abstimmung HFPA einstimmig mit ...gegen ... Stimmen Bei Annahme des Antras entfällt eine Abstimmung zu Tz. HH.9. bis HH.10.
HH.9.	1115 bzw. 2439	151/2011 SPD		Mehr für Schul IT	0 €	-276.000 €	-276.000 €	Abstimmung HFPA einstimmig mit ...gegen ... Stimmen Bei Annahme des Antras entfällt eine Abstimmung zu Tz. HH.10.
HH.10.	1115 bzw. 2439	171/2011 Grüne Liste		Mehr für Schul-IT	0 €	-255.000 €	-255.000 €	Abstimmung HFPA einstimmig / mit ...gegen ... Stimmen

108/116

Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf 2012

--- nicht investiv ---

Amt lfd. Nr.	Produkt / Sachkonto (soweit bekannt)	Änderungsantrag	Seite im Verw.-entwurf		Veränderung beim Ertrag	Veränderung beim Aufwand	Haushaltsverbesserung = positiver Betrag oder Haushaltsverschlechterung = negativer Betrag	Abstimmung Fachausschuß
HH.11.	1115 bzw. 2439	nachträgliche Nachmeldung der Verwaltung		<p><u>Ergänzung eines Haushaltsvermerks (haushaltsneutral):</u> Damit die eingesetzten Budgetmittel zweckentsprechend verwendet werden, also getrennt nach Standardmittel und Mittel für die Schulausstattung, wird der Haushaltsvermerk zum Sonderbudget „KommBit“ ergänzt (Ergänzung unterstrichen): Für das Sonderbudget „KommBit“ kann analog der Budgetierungsregeln eine Budgetabrechnung durchgeführt werden. Ein sich ergebendes positives Budgetergebnis kann bei Bedarf bis zu 100% in das nächste Haushaltsjahr übertragen werden. Hierzu wird bei der KSt. 175100 (Amt 17- ITK Standard), Ktr. 11150017 (Amt 17, Leistungen für Service-Einrichtungen der Verwaltung), SK 531701 (Zuschuss an sonstige Sonderrechnung) bzw. bei KSt. 175200 (Amt 17 – ITK Schul-IT), Ktr. 24390040 SK 531701 jeweils ein Haushaltsausgabereinstellung gebildet.</p>	0 €	0 €	0 €	Abstimmung HFPA einstimmig / mit ...gegen ... Stimmen
HH.12.	verschiedene	173/2011 Grüne Liste		Die Sparkasse soll sich mit 250.000 Euro zusätzlich an der Kulturförderung und Unterstützung von sozialen Einrichtungen der Stadt Erlangen beteiligen.	0 €	250.000 €	250.000 €	Abstimmung HFPA einstimmig / mit ...gegen ... Stimmen
HH.13.	5379	Nachmeldung der Verwaltung		<p>II/WA: <u>Übernahme der Entsorgungskosten für gebrauchte Silofolie.</u> Die Entsorgung gebrauchter Silofolie ist kostenpflichtig. Die Übernahme der Entsorgungskosten darf aus rechtlichen Gründen nicht der Abfallbeseitigungsgebühr angelastet werden. Eine kostenfreie Übernahme für die Erlanger Landwirte könnte nur ermöglicht werden durch einen Zuschuss an den EB77. Für diese neue freiwillige Leistung wären dauerhaft zusätzliche Mittel erforderlich. <u>Stellungnahme Verwaltung:</u> Die Übernahme der Kosten steht im Widerspruch zu den Auflagen der Regierung zum Haushalt und möglicherweise dem EU-Beihilferecht. In den Landkreisen Nürnberger Land, Fürth und Forchheim ist die Entsorgung gebührenpflichtig. Es wird ein Präzedenzfall für Folgeanträge anderer Branchen geschaffen. Die Förderung steht im Widerspruch zur bisherigen ordnungspolitischen Linie der Wirtschaftsförderung.</p>	0 €	-6.000 €	-6.000 €	Abstimmung HFPA einstimmig / mit ...gegen ... Stimmen

109/116

Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf 2012

--- nicht investiv ---

Amt lfd. Nr.	Produkt / Sachkonto (soweit bekannt)	Änderungsantrag	Seite im Verw.-entwurf		Veränderung beim Ertrag	Veränderung beim Aufwand	Haushaltsverbesserung = positiver Betrag oder Haushaltsverschlechterung = negativer Betrag	Abstimmung Fachausschuß
HH.14.	5411	Nachmeldung der Verwaltung		Aufkommen Kfz-Steuer: Ansatzübernahme aus Vorjahr "EDV-technisch" gescheitert.	1.000.000 €	0 €	1.000.000 €	Abstimmung HFPA einstimmig / mit ...gegen ... Stimmen
HH.15.	6111	nachträgliche Nachmeldung der Verwaltung		Rückerstattung Versorgungsverband: Zinsanteil für 2012 voraussichtlich nur 147.800 € (veranschlagt sind 226.500 €)	-78.700 €	0 €	-78.700 €	Abstimmung HFPA einstimmig / mit ...gegen ... Stimmen
HH.16.	6111	nachträgliche Nachmeldung der Verwaltung		Schlüsselzuweisung: (Sachkonto 411101) Änderung auf Grundlage des Mitte Dezember 2011 zu erwartenden Bescheids. Betrag wird zum HH-HFPA nachgemeldet.	0 €	0 €	0 €	Abstimmung im HH-HFPA
HH.17.	6111	182/2011 Grille Barbara		Erhöhung der Grundsteuer von 460 auf 500 Punkte aufgrund der hohen Investitionstätigkeit in Schulen, Grippenausbau und zum langfristigen Deckungsbeitrag für HH. Vergleich: Hebesatz in Nbg.: 535, Fürth 555 Ansatz im Verw.-entwurf = 22.044.000 € <u>Verwaltung:</u> tatsächliche Mehrerträge bei Hebesatzänderung = 1.916.000 €	2.000.000 €	0 €	2.000.000 €	Abstimmung HFPA einstimmig / mit ...gegen ... Stimmen
HH.18.	6111	191/2011 CSU		Grunderwerbssteuer (Annäherung an Rechnungsergebnis 2010) Ansatz 2012 = 5.500.000 € vorl. Ergebnis 2010 = 6.839.089 €	1.000.000 €	0 €	1.000.000 €	Abstimmung HFPA einstimmig / mit ...gegen ... Stimmen

#10/116

Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf 2012

--- nicht investiv ---

Amt lfd. Nr.	Produkt/ Sachkonto (soweit bekannt)	Änderungs- antrag	Seite im Verw.- entwurf		Veränderung beim Ertrag	Veränderung beim Aufwand	Haushalts- verbesserung = positiver Betrag oder Haushalts- verschlechterung = negativer Betrag	Abstimmung Fachausschuß
HH.19.	6111	171/2011 Grüne Liste		Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer auf Nürnberger Niveau <u>Verwaltung:</u> Hebesatz Erlangen = 425, Hebesatz Nürnberg = 447 tatsächliche Mehrerträge bei Hebesatzänderung = 3.090.000 €	2.500.000 €	0 €	2.500.000 €	Abstimmung HFPA einstimmig / mit ...gegen ... Stimmen
HH.20.	6111	151/2011 SPD		SPD: Gewerbesteuererhöhung auf Hebesatz 435 <u>Verwaltung:</u> Hebesatz Erlangen = 425 Ansatz 2012: 59.700.000 EUR tatsächliche Mehrerträge bei Hebesatzänderung = 1.405.000 €	1.500.000 €	0 €	1.500.000 €	Abstimmung HFPA einstimmig / mit ...gegen ... Stimmen
1 11/116 HH.21.	6111	182/2011 Grille Barbara		Erhöhung des Gewerbesteuersatzes um 10 Punkte (= 435) als dauerhafter Beitrag zur Refinanzierung des strukturellen Defizites im Finanzmittelhaushalt <u>Verwaltung:</u> Hebesatz Erlangen = 425 Ansatz 2012: 59.700.000 € tatsächliche Mehrerträge bei Hebesatzänderung = 1.405.000 €	1.150.000 €	0 €	1.150.000 €	Abstimmung HFPA einstimmig / mit ...gegen ... Stimmen
HH.22.	6111	143/2011 Erlanger Linke		Angleichung der Erlanger Gewerbesteuer und der Grundsteuer B an den Bereich der Metropolregion <u>Verwaltung:</u> Betrag ist ohne Hebesatz nicht berechenbar ER N FÜ Hebesatz Gewerbesteuer 425 447 440 Hebesatz Grundsteuer B 460 535 555	0 €	0 €	0 €	Abstimmung HFPA einstimmig / mit ...gegen ... Stimmen

Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf 2012

--- nicht investiv ---

Amt lfd. Nr.	Produkt / Sachkonto (soweit bekannt)	Änderungsantrag	Seite im Verw.-entwurf		Veränderung beim Ertrag	Veränderung beim Aufwand	Haushaltsverbesserung = positiver Betrag oder Haushaltsverschlechterung = negativer Betrag	Abstimmung Fachausschuß
HH.23.	6111	184/2011 ödp/FWG		Höherer Ansatz bei Aufkommen aus der Einkommensteuer <u>Verwaltung:</u> 2012: Planansatz im Verwaltungsentwurf = 61.000.000€ (Sachkonto 402101). 2012: Mitteilung des Statist. Landesamtes über den voraussichtlichen Beteiligungsbetrag = 57.795.000€. 2011: Planansatz = 56.000.000€ 2011: Mitteilung des Statist. Landesamtes über den voraussichtlichen Beteiligungsbetrag = 51.567.000€ 2011: voraussichtliches Ist = 55.207.000€	1.500.000 €	0 €	1.500.000 €	Abstimmung HFPA einstimmig / mit ...gegen ... Stimmen
112/115		144/2011 Erlanger Linke		Einführung einer Kulturtax bei Hotelübernachtungen in Höhe von 5% des Übernachtungspreises Betrag derzeit nicht bezifferbar, Prüfungsauftrag bei Amt 30.				
HH.24.	6111	151/2011 SPD		Einführung Zweitwohnungssteuer	250.000 €	0 €	250.000 €	Abstimmung HFPA einstimmig / mit ...gegen ... Stimmen
HH.25.	6111	nachträgliche Nachmeldung der Verwaltung		<u>Bezirksumlage</u> (Sachkonto 537202) Hochrechnung auf Grundlage des Umlagebescheids vom 11.11.2011 bisheriger Umlagesatz 25,2 = 26.676.000 € neuer Umlagesatz 26,0 = 27.601.000 €	0 €	-925.000 €	-925.000 €	Abstimmung HFPA einstimmig / mit ...gegen ... Stimmen
		151/2011 SPD		Parkhaus Innenstadt, Mitteleinzug und keine HH-Restbildung: Erhöhung liquide Mittel Abstimmung erfolgt im Rahmen des Investitionsprogramms				Abstimmung im Rahmen des Investitionsprogramms

Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf 2012

--- nicht investiv ---

Amt lfd. Nr.	Produkt / Sachkonto (soweit bekannt)	Änderungsantrag	Seite im Verw.-entwurf		Veränderung beim Ertrag	Veränderung beim Aufwand	Haushaltsverbesserung = positiver Betrag oder Haushaltsverschlechterung = negativer Betrag	Abstimmung Fachausschuß
		151/2011 SPD		Zinseinsparungen: u.a. wegen Rückgabe von Kreditermächtigungen <u>Verwaltung:</u> Wird im Rahmen des Haushaltsabgleichs behandelt				Abstimmung im Rahmen des Haushaltsabgleichs
HH.26.	7111	nachträgliche Nachmeldung der Verwaltung		<u>nichtselbständige Stiftungen:</u> Zum Erhalt des Grundstockvermögens der nichtselbständigen Stiftungen ist eine Werterhaltungsrücklage zu bilden. Diese Werterhaltungsrücklage verringert die Höhe der ausreichenden Stiftungsmittel (Vemerck II/201/BHF vom 23.11.2011).	0 €	9.000 €	9.000 €	Abstimmung HFPA einstimmig / mit ...gegen ... Stimmen

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
II/20

Verantwortliche/r:
Herr Schmied

Vorlagennummer:
II/133/2012

**Anträge zum Finanzhaushalt/Investitionsprogramm für die der HFPA als
Fachausschuss zuständig ist
(siehe aufbereitete Antragsunterlagen zum Haushalt 2012)**

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	18.01.2012	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Die Einzelanträge ergeben sich aus dem anhängenden Abstimmungsskript.

II. Begründung

Anlagen: Abstimmungsskript

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Finanzplan/Investitionen		Beantragt von:		Grüne Liste		Antrags-Nr.: 174/2011	
A	Lfd. Nr.:	Kostenstelle, Amt		-	Seite:	-	IP-Nr.: Div. IP-Nr. Seite: -
	1	Produktgruppen Text:		Alle Produktgruppen			
		Investitionsmaßnahme:		Städtisches Investitionsvolumen			
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR	
2012	Auszahlung:	-26.881.800	- 5.000.000	2014	Auszahlung:	-27.149.500	- 5.000.000
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
2013	Auszahlung:	-32.849.000	0	2015	Auszahlung:	-23.227.500	- 9.000.000
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
	VE:				VE:		
VE = Verpflichtungsermächtigungen				später	Auszahlung:	-576.162.900	- 8.000.000
Begründung:	<p>GL: Im städtischen Investitionsprogramm werden jedes Jahr mindestens 32 Millionen Euro für Investitionen eingestellt. Das sind ca. 5 Mio. Euro mehr als im Haushaltsentwurf der Verwaltung vorgesehen. Nur durch dauerhaft angemessene Investitionen kann der Wertverfall des städtischen Vermögens verhindert werden. Investitionen in Energieeinsparmaßnahmen führen außerdem zu einer Einsparung bei den laufenden Ausgaben und bringen uns dem Ziel „Energiewende“ näher. In den von uns beantragten 5 Mio. Euro sind die geplanten Mehrkosten von 27 Mio. Euro bis 2020 für das Schulsanierungsprogramm mit 3 Mio. Euro für 2012 enthalten.</p> <p>Verwaltung: Bei Annahme des Antrages ist der Betrag bestimmten Maßnahmen zuzuordnen.</p>						
Gutachten des	HFPA	Der Antrag wird <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen					

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
II/20

Verantwortliche/r:
Herr Hauer/Herr Schmied

Vorlagennummer:
II/134/2012

Anträge zum Ergebnishaushalt und zum Finanzhaushalt seit dem 12.12.2011

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	18.01.2012	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Die Einzelanträge ergeben sich aus den aufgelegten Abstimmungsunterlagen.

II. Begründung

Anlagen: Abstimmungsskript

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	
Einladung -öffentlich-	1
Vorlagendokumente	
TOP Ö 11 Änderung der Satzung des Seniorenbeirates	
Beschlussvorlage 504/009/2012	5
Anlage Satzungsentwurf vom 02.01.2012 504/009/2012	6
TOP Ö 12 Gemeinsamer Wahltermin für Bundestags-, Landtags- und Bezirkswahlen	20
Beschlussvorlage 331/006/2011	7
Antrag der SPD-Fraktion 132/2011 331/006/2011	9
TOP Ö 13 Neuregelung der Zuständigkeit für Parkscheinautomatenentleerung	
Beschlussvorlage 112/048/2011	11
TOP Ö 14 Haushaltskonsolidierung - Maßnahme Nr. 12 Flächenoptimierung in Verwal	
Beschlussvorlage 241/042/2011	12
TOP Ö 15 Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2012;	
Beschlussvorlage 11/073/2011	15
Anlage 1 - Liste Stellenplan-Auszug 11/073/2011	16
Anlage 2 - Fraktionsantrag 176 11/073/2011	24
Anlage 3 - Fraktionsantrag 177 11/073/2011	25
Anlage 4 - Fraktionsantrag 153 11/073/2011	26
Anlage 5 - Fraktionsantrag 172 11/073/2011	27
Anlage 6 - Fraktionsantrag 140 11/073/2011	30
Anlage 7 - Fraktionsantrag 183 11/073/2011	31
TOP Ö 16.1 Antrag zum Haushalt: Kürzung der Geschäftsführungszuschüsse für die	
Beschlussvorlage 13-2/171/2011	32
Antrag Nr. 141 der Fraktion Erlanger Linke 13-2/171/2011	33
TOP Ö 16.2 Antrag zum Haushalt: Haushaltskonsolidierung 2012 - Höhere Beteiligu	
Beschlussvorlage 13-2/173/2012	34
Antrag Nr. 173/2011 13-2/173/2012	35
TOP Ö 16.3 "Lesbarer Haushaltsplan" - Fraktionsantrag 145/2011 vom 14.11.2011 d	
Beschlussvorlage 20/032/2011	36
Anlage 01: Fraktionsantrag Nr. 083/2010 20/032/2011	40
Anlage 02: Haushaltsquerschnitt 20/032/2011	42
Anlage 03: Tabellen 20/032/2011	43
Anlage 04: Grafiken 20/032/2011	44
Anlage 05: Beschreibung der Ertrags/Aufwandspositionen 20/032/2011	45
Anlage 06: Verschuldung 20/032/2011	46
Anlage 07: Budgetregeln 20/032/2011	47
Anlage 08: Stammdaten Deckungskreise 20/032/2011	48
Anlage 09: Kennziffern 20/032/2011	49
Anlage 10: Darstellung Teilhaushalte 20/032/2011	50
Anlage 11: Investitionsprogramme 20/032/2011	51
Anlage 12: Investitionsmaßnahmen 20/032/2011	52
Anlage 13_145_2011_Erlanger Linke_Lesbarer Haushalt 20/032/2011	53
TOP Ö 16.4 SPD-Fraktionsantrag 167/2011 vom 29.11.2011 - Toiletten in der Innen	
Beschlussvorlage 610.3/032/2012	54
Anlage 1a: Beschluss 2007 610.3/032/2012	56
Anlage 1b: Protollvermerk Beschluss 2007 610.3/032/2012	63
Anlage 1c: Fotos2007 610.3/032/2012	64

Anlage 1d: Lageplan WC-Anlagen 2007	610.3/032/2012	78
Anlage 1e: Lageplan Schilderbaeume 2007	610.3/032/2012	79
Anlage 1f: Tabelle Bestandsaufnahme und Bewertung 2007	610.3/032/2012	80
Anlage 2: Stadtplan Erlangen barrierefrei	610.3/032/2012	83
Anlage 3: Fraktionsantrag Nr. 167 der SPD zum Haushalt 2012	610.3/032	84
TOP Ö 16.5 Antrag zum Haushalt: Einstellung von Mitteln im Investitionsplan für		
Beschlussvorlage	613/082/2011	85
Anlage 1: Antrag Nr. 142/2011 der Fraktion Erlanger Linke	613/082/201	87
TOP Ö 17 Anträge zu den Fachamtsbudgets für die der HFPA als Fachausschuss zust		
Beschlussvorlage	II/131/2012	88
Fachamtsbudgets als Fachausschuss_HFPA	II/131/2012	89
TOP Ö 18.1 Konzept "Leichte Sprache", Antrag zum Haushalt 2012 - SPD-Fraktionsa		
Beschlussvorlage	13-2/175/2012	92
Antrag Nr. 163/2011	13-2/175/2012	94
TOP Ö 19.1 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2012 der Gst - siehe		
Beschlussvorlage	Gst/010/2011	95
TOP Ö 19.2 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2012 der Personalver		
Beschlussvorlage	II/129/2012	96
TOP Ö 19.3 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2012 des eGovernment		
Beschlussvorlage	eGov/029/2012	97
TOP Ö 19.4 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2012 des Personal- u		
Beschlussvorlage	11/077/2011	98
TOP Ö 19.5 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2012 des Bürgermeist		
Beschlussvorlage	13-2/176/2012	99
TOP Ö 19.6 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2012 der Stadtkämmer		
Beschlussvorlage	II/130/2012	100
TOP Ö 19.7 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2012 des Amtes für R		
Beschlussvorlage	30-R/049/2012	101
TOP Ö 19.8 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2012 des Bürgeramtes		
Beschlussvorlage	331/007/2012	102
TOP Ö 19.9 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2012 des Standesamte		
Beschlussvorlage	34/010/2011	103
TOP Ö 19.10 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2012 des Amtes für		
Beschlussvorlage	37/021/2012	104
TOP Ö 19.11 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2012 des Amtes für		
Beschlussvorlage	39/010/2012	105
TOP Ö 20.1 Anträge zum Ergebnishaushalt außerhalb der Fachamtsbudgets		
Beschlussvorlage	II/132/2012	106
Ergebnishaushalt außerhalb der Fachamtsbudgets_HFPA	II/132/2012	107
TOP Ö 20.2 Anträge zum Finanzhaushalt/Investitionsprogramm für die der HFPA als		
Beschlussvorlage	II/133/2012	114
Abstimmungsskript_HH_HFPA v. 18.01.2012_Investitionen	II/133/2012	115
TOP Ö 20.3 Anträge zum Ergebnishaushalt und zum Finanzhaushalt seit dem 12.12.2		
Beschlussvorlage	II/134/2012	116